Mitteilungen

des Syndikus des
Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.
Erscheint nach Bedarf.

Nr. 3 | 14. April 1919 | Jahrg. I

Inhalt:

Briefe für die „Mitteilungen" richte man bitte an den Syndikus des C. V., Berlin SW. 68, Lindenstr. 13, I Treppe.
Telegramme an: Centralglauben, Berlin, Ferngespräche an Berlin Amt Moritzplatz 11595.

a) Mitteilungen des Vorstandes:

Hauptversammlung 1919.

Die diesjährige Hauptversammlung des Central-Vereins ist für Mittwoch, den 28. Mai, und Donnerstag, den 29. Mai (Himmelfahrtstag), in Aussicht genommen. Besondere Wünsche bezüglich der Tagesordnung usw. bitten wir baldmöglichst anzubringen. Die offizielle Einladung ergeht später.

b) Mitteilungen des Syndikus:

1. Versendung der Mitteilungen.

Vorstandsmitglieder einzelner Ortsgruppen haben den Wunsch geäussert, die „Mitteilungen des Syndikus" zu erhalten. Falls die Vorsitzenden der Ortsgruppen ihre Exemplare nicht zirkulieren lassen, sind wir gern bereit, die interessierten Vorstandsmitglieder direkt mit den „Mitteilungen" zu beliefern. Am zweckmässigsten würde es uns allerdings erscheinen, wenn die „Mitteilungen" zu einem Referat in der Vorstandssitzung verwandt würden, denn erfahrungsgemäss führen solche Referate zu anregenden Aussprachen, durch welche die Ortsgruppen zur Information des Hauptvorstandes erheblich beitragen.

2. Adressierung von Briefen etc.

Trotz wiederholter Bitten geht noch immer eine Reihe von Briefschaften an einen der Herren Vorsitzenden oder an den Syndikus persönlich. Ist einer der Adressaten verreist, so bleiben diese Briefschaften, welche unter Umständen wichtige Mitteilungen enthalten, unberücksichtigt liegen. Es wird daher dringend gebeten, alle Briefe lediglich an den „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", Berlin SW. 68, Lindenstrasse 13, I zu adressieren. Wird besonderer Wert darauf gelegt, dass Geheimrat Fuchs oder der Syndikus von dem Brief Mitteilung erhält, so kann dies in dem Schreiben bemerkt werden, auf der Adresse muss es aber die Namensnennung unterbleiben. Der Geschäftsgang würde durch Erfüllung dieser Bitte wesentlich vereinfacht werden.

Ferner bitten wir dringend, verschiedene Angelegenheiten auf verschiedenen Blättern zu behandeln. Die Briefbogen können zerschnitten werden und Höflichkeitsformeln fehlen, wenn nur getrennte Angelegenheiten getrennt behandelt werden.

Bei Benutzung unserer Telegrammadresse „Centralglauben" ist die Hinzufügung der Strasse unnötig, es genügt also die Telegrammadresse „Centralglauben Berlin".

Mit dem Ende des Krieges hat ein grösserer Wechsel des Personals stattgefunden. Infolge dieses Umstandes und infolge der zahlreichen Unruhen der letzten Monate sind die Arbeiten im Büro sehr erschwert worden. Um Ordnung zu schaffen, ist es unbedingt erforderlich, dass alle Mängel in der Erledigung der Korrespondenz

sofort gerügt werden. Es ist ferner erforderlich, dass eine etwaige falsche oder unvollständige Adressierung der Zeitschrift uns sofort mitgeteilt wird. Wir bitten diese Wünsche zu berücksichtigen und ohne Rücksicht alle Mängel in der sachlichen Erledigung der Büro-Angelegenheiten unverzüglich bekannt zu geben. Nur dann werden wir in der Lage sein, den Wünschen aller Ortsgruppen zu entsprechen.

3. Vortrag des Geheimrat Fuchs.

Am 26. Februar 1919 hat im Kaisersaal des „Rheingold" in Berlin eine ausserordentlich gut besuchte öffentliche Versammlung des Zentralvereins stattgefunden, in welcher Geheimrat Fuchs einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag gehalten hat, der hier in unveränderter Form nach dem stenographischen Bericht wiedergegeben wird:

Wir stehen an einer Wende der Weltgeschichte. Der Weltkrieg ist beendet und verloren, das Reich ist zusammengebrochen, der Sturmwind der Revolution hat die deutschen Throne weggefegt, die Republik ist erklärt, das Alte ist gestürzt, unser Gefühlsleben ist revolutioniert. Und da fragen wir: welche Konsequenzen sind aus den neuen Verhältnissen für die deutschen Juden zu ziehen, welche für die Ziele und Wege des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens?

Ich habe vor ein paar Tagen in dem „Israelitischen Familienblatt" einen Artikel gelesen, der im wesentlichen darauf hinausläuft, daß das, was der Zentralverein gewollt habe, durch die Revolution im wesentlichen erreicht worden sei. Die Arbeit des Zentralvereins sei zum größten Teil unnötig geworden, der Zentralverein bedürfe eines neuen Inhalts, da der alte nicht ausreiche, und es sei zu erwägen, ob sich aus den Ortsgruppen des Zentralvereins nicht etwa unter Verschmelzung mit den in jeder Gemeinde bestehenden Literaturvereinen allgemeine jüdische Gemeindevereine bilden könnten. Eine recht wohlgemeinte, aber schlecht informierte Auffassung! Der Zentralverein ist gegründet worden als ein innerpolitischer Abwehrverein, er hat sich vorerst um die Gleichberechtigung der deutschen Juden in Deutschland gekümmert und hat Abwehrkämpfe gegen die Regierung und gegen die privilegierten Klassen geführt, die uns diese Gleichberechtigung dem Gesetze zuwider versagt haben. Es war sein wesentlicher Zweck, die Abwehr zu demokratisieren und die Juden zu organisieren. Nun ist allerdings die Herrschaft der herrschenden Klassen zusammengebrochen. Aber der Antisemitismus ist geblieben, wenn er nicht gewachsen ist, und hieraus ergibt sich folgende Konstellation für uns: Erstens die antisemitische Front muß bestehen bleiben, aber sie muß in ihrer Richtung geändert werden. Die jetzige Regierung ist demokratisch und wird als solche kaum ein Gegenstand des Kampfes sein können. Da sie nach ihren demokratischen Prinzipien freie Bahn dem Tüchtigen lassen muß, wird sie nicht das, was uns das Gesetz gegeben hat, im Wege der administrativen Prellerei — das ist kein Wort von mir, das ist ein Wort von Mommsen — den Juden nehmen, was das Gesetz ihnen gewährt hat. Da der Antisemitismus nun aller Voraussicht nach nicht sowohl leben wird in den Erlassen der Bureaukratie, als in dem Lärm der Presse und in den Flugblättern der Gasse, so werden wir ihm dort entgegentreten müssen, und dort den Kampf gegen die antisemitischen Volksströmungen und gegen ihre Exponenten, die politischen Parteien, zu führen haben.

Ich habe von Flugblättern der Gasse gesprochen und dabei gemeint, die Flugblätter, die auf der Gasse verteilt werden. Das sind unter Umständen auch Flugblätter von Männern mit hohen Namen. Ich weiß nicht, ob Ihnen das Flugblatt unter die Augen gekommen ist, das der Großadmiral der deutschen Flotte, Heinrich Prinz von Preußen, veröffentlicht hat. Er wünscht die Beseitigung des semitischen Einflusses, und nun ausgerechnet nicht etwa in der Regierung, sondern in Handel und Gewerbe. Prinz Heinrich hat ein wohlverstandenes und wohlbegründetes Recht, seine monarchische Auffassung und seine königstreuen Prinzipien zu verteidigen, aber ich glaube, er hat der Monarchie und seinem Bruder einen schlechten Dienst erwiesen, und sein kaiserlicher Bruder hat vielleicht gewußt, weshalb er diesen Herrn vorzeitig ausgeschaltet hat.

Die Front muß geändert werden gegen die Parteien. Es kommen in Frage die rechtsstehenden Parteien. Diese rechtsstehenden Parteien, in welchen vereinigt sind Nationalliberale, Schwerindustrielle, Alldeutsche, Vaterlandsparteiler, Konservative, Junker, Reaktionäre, haben glücklich eine Wahlparole gefunden, unter der sie sich einigen, das ist der Antisemitismus. Damit haben sie das Schlagwort gefunden, mit dem sie krebsen, und mit dem sie das alte Regiment der Reaktion und des Feudalismus, des Junkertums und der Klassenprivilegien aufrecht erhalten wollen.

Es ist für mich als Deutschen beschämend, daß die Herren nicht den Mut haben, sich konservativ, sich reaktionär, nicht einmal den Mut haben, sich königstreu zu nennen; sie haben alle geglaubt, sich Volkspartei nennen zu müssen. Es fehlte, daß wir noch eine adlige Volkspartei bekommen hätten. Sie wollen alle im Trüben fischen, wenn sie sich als Erbpächter des deutschnationalen Bewußtseins und des deutschnationalen Gedankens aufspielen. Wir haben vielfach fragen lassen, und es ist die deutschnationale Partei gefragte worden, wie sie denn zum Antisemitismus stünde, ob sie ihn billige oder mißbillige, und da ist eine Antwort gekommen, die man niedriger hängen müßte: man sei erstaunt über diese Frage, und es sollten doch die Herren, die auf dem Boden der Partei stehen, durch ihr Wohlverhalten, durch Propaganda und durch Opfer, die sie der Partei bringen, die Stellung in der Partei sich sichern und die Interessen sichern, die sie vertreten wollen. Pfui Teufel, möchte man darauf sagen! Also nicht um der deutschnationalen Prinzipien wegen wollt ihr das

tun, was euch beliebt, und was eine Volkspartei tut, sondern wenn die Juden durch ihr Wohlverhalten, durch ihre Propaganda und durch ihre klingenden Opfer das bezahlen. Wenn ich Antisemit wäre, würde ich sagen: echt jüdisch!

Mit dem Schlagwort des Antisemitismus bekämpfen sie ihre demokratischen Gegner, und was sagen sie? Unsere Gegner, sagen sie, wollen eine Judenherrschaft haben, und die Juden, die sind schuld am Beginn des Krieges, am Verlauf des Krieges, an der Dauer des Krieges, am Verlust des Krieges, am Waffenstillstand und an der Revolution. Die Juden, heißt es, sind als internationale Kapitalisten Kriegshetzer gewesen, und als internationale Pazifizisten sind sie Friedenshetzer gewesen, und als internationale Sozialisten, da sind sie Sozialisten und Bolschewisten geworden und haben die Revolution gemacht, und nun sieht man, daß sie zugleich Kapitalisten und Sozialisten und Bolschewisten und alles sind! Was so ein richtiger deutschnationaler Volksparteiler ist, also zu deutsch ein Antisemit, der glaubt das natürlich, oder, wennn er etwas klüger ist, will er es andere glauben machen, glaubt es aber selber nicht, daß die Juden und vor allem — das habe ich vielfach gehört — die Alliance Israélite Universelle an allem Unglück in Deutschland schuld ist. Sie sind schuld — früher hätte man gesagt an der Pest, an der Grippe, an Brunnenvergiftung, jetzt aber sind sie Kriegshetzer und Friedenshetzer, Kapitalisten und Bolschewisten, Reaktionäre und Revolutionäre zu gleicher Zeit. Ist es zwar Wahnsinn, hat es doch Methode! Mit den Gründen der Vernunft ist der gewollten Unvernunft nicht beizukommen, und deshalb wird nichts übrig bleiben, als daß der Centralverein weiter auf dem Posten steht und nicht sich bloß mit Geschichts- und Literaturvereinen und vielleicht mit sonstigen Lesekränzchen und dergleichen vereinigt, sondern daß er ein Kampf- und Abwehrverein bleibt. (Zuruf: In verschärftem Maße!) Ich möchte nur die Leute, welche glauben, daß die Juden die Revolution gemacht haben, daran erinnern, daß es noch keine Revolution gegeben hat seit der großen französischen Revolution, in der jemals zugegeben worden ist, daß das getreue Volk die Revolution gemacht hat, sondern immer sind es andere Leute gewesen. Bei der Julirevolution und bei der großen Revolution, immer sind es die Fremden gewesen, mal sind es die Polen gewesen, ab und zu ist wohl auch mal von Juden die Rede gewesen bei der Achtundvierziger Revolution, aber an und für sich ist es eine fin de siécle Idee, daß nur die Juden schuld an der Revolution gewesen sind. Friedrich Wilhelm IV. ist gestorben in dem Gedanken, daß ihm die Fremden seine Revolution gemacht haben. Er hat das Wort von Liebknecht nicht gekannt, daß der alte Liebknecht, der geistvolle Liebknecht, geprägt hat: Wir können keine Revolution machen, Revolutionen werden gemacht von den Herrschern, von den Regierungen, von den Polizeipräsidenten und den Staatsanwälten, die ein unermeßliches Verdienst um die Revolutionen haben. Jede Revolution ist ein Zeichen, daß schlecht regiert worden ist.

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich — und wir wollen uns der Wahrheit nicht verschließen — finden sich unverhältnismäßig viel Juden in der sozialdemokratischen Partei — mehr als in der konservativen Partei, die, was vielleicht vergessen ist, Jahrzehntelang durch ihr Tivoliprogramm es den Juden gründlich verleidet hat, konservativ zu sein. Sie werden sich erinnern, daß ich seit Jahrzehnten davor gewarnt habe, daß, wenn die rechtsstehenden, die konservativen Parteien nicht umlernen werden, sie die Juden in die radikalen Linksparteien hineintreiben werden. Sie werden sich erinnern an das Wort Brentanos, das ich in einer früheren Versammlung zitiert habe: Die Juden sind nach ihrer Eigenart konservativ, und wo man ihnen die Tore öffnet, da wird allemal noch aus einem radikalen Disraeli ein konservativer Lord Beaconsfield werden. —

In der demokratischen Partei wird es sich vornehmlich darum handeln, die lokalen Parteileitungen von der Nachgiebigkeit gegen antisemitische Strömungen zu warnen. Mir liegt ein Wahlaufruf des demokratischen Bezirksvereins West-Priegnitz vor, in dem man zur Empfehlung der demokratischen Partei anführen zu können glaubt: Wir können zwar die Juden nicht fernhalten, aber führende Stellungen haben sie bei uns nicht. Das haben wir der Hauptleitung mitgeteilt, und sie hat das natürlich gemißbilligt, was nach ihren Prinzipien nicht anders zu erwarten war. Aber es offenbart sich doch an diesem keineswegs vereinzelt dastehenden Fall, daß gewisse Parteikreise antisemitischen Volksströmungen und taktischen Rücksichten zuliebe sogar glauben, den Juden die volle Gleichberechtigung versagen zu müssen. Gerade weil die Partei als solche den Kampf gegen Reaktion und Antisemitismus durchzuführen berufen und bestrebt ist, müssen wir sie vor dem Treiben solch kleiner, aber leider zum Teil an einflußreicher Stelle stehender Geister warnen. Wir müssen sie aber auch vor einem zweiten warnen, daß sie uns nicht Kandidaten bringen, welche unsere jüdischen Wähler in Gewissenskonflikte versetzen. Es hat sich nun einmal die Strömung dahin gerichtet, daß wir kein Vertrauen haben zu einem Juden, der von uns abgerückt ist und der entweder sich oder seine Kinder in das bessere Diesseits übergeführt hat, und nun sollte man die Partei davor warnen, daß sie unsere Leute nicht in den Gewissenskonflikt bringt, die Liste ablehnen zu müssen. Die Partei sollte in ihrem eigenen Interesse das tun, daß sie, besonders heute, bei dem Prinzip der Verhältniswahl, wo man sich die einzelnen Leute nicht aussuchen kann, nur Listen aufstellt, bei denen der aufrechte Jude jeden Mann ungesehen entgegennehmen kann. Wird auch die deutsche demokratische Partei nicht gewillt sein, jeder antisemitischen Strömung, mag ihr das auch zum Teil manchmal selbst recht unbequem sein, energisch entgegenzutreten, so wird der Erfolg naturgemäß der sein, daß sie uns Juden erst recht in die Sozialdemokratie hineintreiben wird. Denn man verfalle doch nicht in den bedenklichen Irrtum, anzunehmen, daß die Juden als Vertreter des Kapitalismus nicht in hellen Haufen zur Sozialdemokratie übergehen könnten. Die Juden sind an sich weder kapitalistisch noch sozialistisch, weder konservativ noch

radikal; sondern jeder von ihnen ist als Mensch das Produkt seiner Empfindungen, seiner Gefühle und seiner Neigungen, und da man ihnen früher die Möglichkeit politischer Stellungnahme stark eingeschränkt hat, die konservativen Parteien zum großen Teil antisemitisch gewesen sind, so hat man sie in die linksradikalen Parteien hineingetrieben, und nun wundern sich die rechtsstehenden Parteien, die deutschnationale Volkspartei, daß die Juden dort sind, wo sie sie hingetrieben haben.

Wohin will man sie von dort aus vertreiben? Ich möchte von ganzem Herzen hoffen und wünschen, daß die deutsche demokratische Partei nicht bösen Beispielen folgt. Ich kann sagen, daß ich eine Entwicklung bedauern würde, die manchen aufrechten Juden vielleicht entgegen seinem innersten Gefühl dahin treibt, sein einziges Heil und die Wahrung seiner Würde bei der sozialdemokratischen Partei zu sehen. In diesen Worten ist auch unsere Stellung zur sozialdemokratischen Partei gegeben. Zugehörigkeit zur Partei ist Sache jedes einzelnen. Ich habe schon früher darauf hingewiesen: eine Reihe von Leuten sind aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten immer schon in die sozialdemokratische Partei gegangen, es haben viele Sozialisierungsbedürfnis gehabt. Für andere ist die sozialdemokratische Partei des große Sammelbecken gewesen, das Ventil, das ihnen die Unzufriedenheit ausgelöst hat. Und nun sage ich: wer dahin gegangen ist, und wer sich in ihr betätigt hat, den wäre es sinnlos, von uns aus warnen zu wollen und ihm zu sagen: Du, komm doch um des Antisemitismus wegen aus der sozialdemokratischen Partei heraus. Sollen wir ihnen sagen, daß sie Zurückhaltung üben und sich der Betätigung im öffentlichen Leben den antisemitischen Volksströmungen zuliebe fernhalten sollen? Man ist vielfach an mich mit diesem Wunsche herangetreten, und ich habe immer die Empfindung: wenn ich mit einem solchen Programm an die Herren herangetreten und ihnen gesagt hätte: Tut mir den Gefallen und bleibt zurück, so hätte ich einen Ghettostandpunkt vielleicht nicht ganz überwunden gehabt. Es wäre übrigens auch zwecklos gewesen, denn diese Herren wissen, was sie wollen, und diese Herren würden uns eine Antwort gegeben haben, die wir uns vielleicht nicht hinter den Spiegel hätten stecken können. Einen Sinn hat es eben nur, die bürgerlichen Parteien zu warnen, daß sie durch ihre Politik nicht die Juden verbittern, sie nicht dazu bringen, ihren alleinigen Schutz in der sozialdemokratischen Partei zu suchen.

Also Sie sehen, die antisemitischen Volksströmungen sind immer da, und gegen die werden wir kämpfen müssen, kämpfen mit Waffen des Geistes. Dazu ist es nötig, daß wir ein positives Programm haben, dazu ist es nötig, daß wir eine bestimmte Lebens- und Weltauffassung haben. Wir werden mehr als bisher am politischen Leben teilnehmen müssen. Ich weiß, daß das sehr vielen unbequem ist, und daß heute noch mehr als vor 15, 20 Jahren unser Verlangen, es möchte hier und dort ein Jude gewählt werden, sofort auch einem Entrüstungsschrei unserer liberalen Glaubensgenossen begegnet; um Gottes willen, keine konfessionslosen Kandidaturen! Als Stöcker sich rühmen konnte, das Haus mit 438 preußischen Abgeordneten sei judenrein, da ist niemand auf den Gedanken gekommen zu sagen: das sind konfessionelle Kandidaturen. Aber als wir uns vor 15 Jahren einmal bemühten, Herrn Friedmann, einen alterprobten Anhänger der Volkspartei, in den Landtag zu bringen, einen Mann, der alle Qualitäten hatte, hat man uns gesagt: um Gottes willen keine konfessionelle Kandidatur, und das haben uns Juden gesagt. Ja, was heißt denn das: Konfessionelle Kandidatur? Eine konfessionelle Kandidatur wollen wir auch nicht. Eine konfessionelle Kandidatur nenne ich eine solche, bei der jemand gewählt wird, nur weil er Jude ist, der sonst die Qualitäten nicht hat, die zum Kandidaten gehören. Ebenso wie ich dagegen bin, daß jemand, der nicht erprobt ist, auf seine demokratische Gesinnung bloß deswegen, weil er Jude ist, von der demokratischen Partei gewählt wird, ebensowenig können wir dulden, daß Leute, die die Qualität haben, lediglich um deswegen abgewimmelt worden sind, weil sie Juden sind. Und, meine Damen und Herren, ich bin weit davon entfernt, ein jüdisches Zentrum haben zu wollen. Aber wir dürfen es doch offen heraus sagen, daß, wenn soundsoviel Gleichtüchtige da sind, unter den vielen gleichbewährten Kandidaten auch ab und zu ein Jude gewählt werden möge, weil doch schließlich auch jüdische Interessen im Landtag zu vertreten sind, im Rahmen der Gesamtinteressen des Vaterlandes, und weil es notwendig ist, daß, so wie jeder Beruf, jeder Stand, jede soziale Gruppierung und jede Schichtung ihre Sachverständigen hat, so auch dann, wenn es sich darum handelt, das Judengesetz abzuändern, und die Trennung von Kirche und Staat in sachgemäßer Weise einzuführen, daß Menschen da sind, die als Juden das Wort ergreifen können.

Also ich sage, wir werden kämpfen und uns am Wahlleben beteiligen müssen, und werden unsere Wünsche, soweit sie berechtigt sind, mit Nachdruck vertreten müssen. Dazu ist notwendig, daß wir auch Menschen haben, Menschen werben, daß die deutschen Juden sich um uns scharen. Das können wir nur, wenn wir ihnen eine bestimmte Lebens- und Weltauffassung geben. Wir bedürfen des positiven Programms vor allem im Kampf gegen unsere jüdischen Gegner, gegen die Zionisten, die in gewissem Sinne unsere Gegner sind.

Auf diesen Punkt lassen Sie mich jetzt zurückkommen. Wie sollen wir die innerjüdische Front gestalten? Meine Damen und Herren, unser Programm und unser Losungswort war, Deutschtum und Judentum zu versöhnen, die Synthese zwischen Religion und Vaterland, zwischen Glaube und Heimat zu finden. Wir wollten gute Juden bleiben und gute Deutsche sein. Wir wollten selbstbewußt und treu sein, wie ich das bei der Begründung des Verbandes in den Worten gesagt habe: wir wollen das Neue aufnehmen und das Alte nicht preisgeben, wir wollen nicht vergessen, daß wir die Erben einer Vergangenheit sind, die es uns verbietet, restlos — restlos sage ich —, unter Verleugnung unserer Väter und unter Preisgabe unserer Traditionen in der Umwelt aufzugehen, weil wir der Meinung sind, daß wahrer Menschenadel der Väter gern gedenkt und die Treue das Allerhöchste ist, was es auf der Welt gibt.

Ich habe immer gesagt: Die Treue als die bewußte Liebe und die bewußte Zusammengehörigkeit steht mir noch höher als die Liebe. Man hat uns Assimilanten genannt, aber wir wollten uns nicht einseitig assimilieren, wir wollten das Judentum wieder beleben auf dem Boden des deutschen Vaterlandes. Wir sind gar nicht der Meinung gewesen, daß der Deutsche, der Alldeutsche, der Typus einer höheren Menschlichkeit und Kultur ist als der Jude, und wir waren der Meinung, daß wir Juden mit den Deutschen zusammen in einem höheren Typus des höheren Menschen aufzugehen haben. Assimilation auf beiden Seiten; nehmt unsere jüdischen Vorteile, und wir werden eure deutschen Vorteile nehmen, wenn ihr Spezialvorteile habt, die wir nicht etwa, obwohl wir selber eingeborene Deutsche sind, mit der Muttermilch schon eingesogen haben sollten. Nun haben wir die Synthese, die Vereinigung, darin gefunden, daß wir sagten: wir sind Deutsche jüdischen Glaubens, verkennen aber nicht, daß wir einen Stamm in Deutschland bilden, einen jüdischen Stamm. Das Deutschtum ist uns Nation, ist uns Volk, und das Judentum ist uns Glaube und Stamm. Aber diese Stammesart, diese jahrhundertelange Leidensgeschichte, dies Zusammenwohnen, das Heiraten untereinander, wie die Römer sagten, das commercium und connubium, das hat uns nicht zu einem andern Volke gemacht, sondern das hat uns nur eine soziale Gruppierung und Differenzierung gegeben. Es ist die Differenzierung des jüdischen Anwalts und des christlichen Anwalts, und des jüdischen Bankiers und des christlichen Bankiers nicht viel größer, wie die Differenzierung zwischen dem Friesen und dem rheinischen Hüttenarbeiter und zwischen dem Berliner Straßenpflastertreter und dem bayrischen Bauern. Diese Differenzierungen sind nicht größer als wir sie haben, und deshalb sondern sie uns nicht völkisch von den Deutschen ab. Wir sind deutsch-national, nicht jüdisch-national; für uns ist das Judentum eine jüdische Religionsgemeinschaft, und wir erklären — und das ist unser Hauptgegensatz zu den Zionisten —: wir sind kein jüdisches Volk in Deutschland, und wir wollen keins sein.

Die Zionisten behaupten, daß sie bessere Juden seien als wir. Das bestreite ich. Wir haben den Kampf gegen die Taufe der Alten und der Jungen aufgenommen, noch ehe die Zionisten auf der Welt waren und ehe sie noch das religiöse Band sehr sonderlich hochgehalten haben. Sie sind erst — ich mache ihnen daraus keinen Vorwurf, denn wir haben uns auch gewandelt, sind auch innerlich positiver geworden —, sie sind erst später religiös geworden. Es ist vermessen von ihnen, zu sagen, daß, wer nicht Zionist ist, kein guter Jude ist. Wir könnten mit größerem Recht, zum mindesten mit gleichem Recht, das Gegenteil sagen. Und wir sagen, daß wir den Zionismus ablehnen, nicht um des Deutschtums, sondern um unseres Judentums wegen. Meine Damen und Herren, *wer das Judentum nationalisiert*, aus ihm ein Volk macht, wie es die Bulgaren, die Tschecho-Slowaken, die Rumänen und die anderen Völkerschaften sind, *der degradiert es und der spaltet es*. Der spaltet die Einheit des Judentums. Seine ewigen Werte sind in seinem Sittengesetz, in seiner Lehre, und wenn es den messianischen Beruf erfüllen soll, die Brücke zu schlagen zwischen den Völkern, so ist die Entnationalisierung eine Stufe auf seinem Wege zur messianischen Mission. Wir zerreißen die Einheit des Judentums, wenn wir es einreihen in die Völker, die heute wie wahnsinnig um die Macht kämpfen, und die, wie ich fürchte, trotz Völkerbund und Völkerfrieden weiterkämpfen werden, wenn der Völkerbund und der Völkerfrieden nicht so aussehen, wie ihn die Juden und ihre Propheten gefordert haben, sondern wie ihn die Herren Clemenceau, Lloyd George und Wilson machen werden. Warum, frage ich, wollen die Zionisten das Judentum auf das Volksniveau herabdrücken, während doch das Judentum in Parallele steht mit dem Christentum und dem Mohammedanismus, die doch auch über den nationalen Rahmen hinaus ein geistiges Band darstellen wollen. Die Gründe liegen auf der Hand: die Zionisten glauben, sie müssen jüdisch-national sein, um auf dem Friedenskongreß gehört zu werden. Wir machen diese Konzession an die Zeitlichkeit nicht. *Wir wollen nicht, daß die Glaubensgemeinschaft auf das Niveau der Volksgemeinschaft herabgedrückt wird*, so wenig es Protestanten, Katholiken und Mohammedanern beikommt, ihre Glaubensgenossen um des Glaubens wegen etwa zu einer völkischen Einheit zusammenzuschließen. Wir sind kein jüdisches Volk, wir sprechen keine gemeinsame Sprache — vielleicht werden wir einmal in hundert Jahren alle zusammen hebräisch sprechen. Wir haben kein Land, und wir haben vor allem keine gemeinsame Kultur, kein gemeinsames Landempfinden, kein Waldempfinden, kein Naturempfinden, kein Dichtungsempfinden. Die Dichter, die mich berauschen, sind die deutschen Dichter. Es ist vielleicht schmerzlich, daß ich die hebräischen Dichter nicht kenne, aber es ist doch mal so, und soll ich mir auf meine alten Tage eine Begeisterung einreden, die ich nicht habe und die mit mir 500 000 deutsche Juden nicht haben und nicht haben wollen? Wir *wollen* kein jüdisches Volk sein, und im letzten Grunde, meine Damen und Herren, ist doch der Wille das entscheidende. Wenn Sie ein jüdisches Volk sein wollen, so seien Sie es, ich will es nicht sein.

Das Selbstbestimmungsrecht, das Sie für sich haben wollen, müssen Sie als ehrliche und gerechte Juden auch den andern geben. Warum aber will ich es mir nicht einreden? Weil ich, wie gesagt, nicht haben will, daß die Juden in den Streit der Völker hineingezogen werden, weil ich nicht haben will, daß der Zusammenhang mit den Juden in der Diaspora zerrissen wird, was unausbleiblich wäre, wenn die Juden in Palästina einen eigenen Staat gründen würden oder, da das ja zurzeit eine Utopie ist, wenn sie unter englische Sachwalterschaft geraten würden. Nun bedenken Sie: es wäre wohl zu begreifen, wenn die Juden, die dort sind, mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen zur Entente und zu den Engländern übergehen würden. Aber was sollen wir deutsche Juden hier machen? Sollen wir das mitmachen, um der Einheit des Judentums willen. Wir wollen nicht, daß der Zusammenhang der Juden zerrissen wird, was geschehen würde, wenn ein Teil unserer Juden völkische Eigenart annimmt. Meine Damen und Herren, *ich habe mit den französischen und englischen Juden absolut keine Volksgemeinschaft*, ich bin mit ihnen nur in einer

Glaubensgemeinschaft, und ich will Ihnen sagen, ich „hasse“ und „liebe“ sie, um im Jargon der Alldeutschen zu reden, gerade so, wie ich die französischen und englischen Christen „hasse“ und „liebe“, und ich werde sie erst dann nur lieben, wenn wir den Völkerfrieden und Völkerbund haben werden.

Also wir lehnen den Zionismus nicht um des Deutschtums, sondern um des Judentums wegen ab. Diese fundamentalen Verschiedenheiten in der Auffassung vom Wesen des Judentums machen es uns schwer, mit unseren zionistischen Brüdern eine gemeinsame Verständigung zu finden. Diese Verständigung wird noch erschwert durch die Kampfesweise, die mehr ihren propagandistischen Tendenzen als ihrem Verständigungs- und Vereinigungswillen entspricht. Als wir vor der Revolution unser Bekenntnis zu Kaiser und Reich abgegeben haben, haben wir geglaubt, daß wir nicht als Ratten das sinkende Schiff verlassen sollen. Und noch heute schäme ich mich dessen nicht, daß ich, als das Kaisertum bestand, mein Bekenntnis zum Kaisertum und Vaterland abgelegt habe. Was hat man gesagt: wir wären zu feige, wir hätten nicht einmal den Mut, Proteste gegen die Progrome loszulassen. Als ob großer Mut dazu gehörte, sich hier auf die Straße zu stellen und gegen die Progrome zu protestieren. Ich habe gegen die russischen Progrome protestiert vor 12 Jahren, als der Zar noch lebte, und damals gehörte größerer Mut zum Protestieren. Lesen Sie in den Reden, die demnächst herauskommen werden, das, was ich damals gesagt habe, als Protest gegen die russischen Progrome. Und da will man uns sagen, wir hätten nicht den Mut, gegen die Pogrome zu protestieren. Wir haben nur nicht den Mut, den Mund zu nutzlosem Geschrei aufzureißen. Unser Bekenntnis hat man für servil gehalten, und der Parteisekretär der Zionistischen Partei hat sich nicht gescheut, eine Bemerkung, die ich in einem Privatgespräch zu ihm gemacht habe, „wir wollten uns nicht nachsagen lassen, daß wir als Ratten das lecke Schiff verlassen, man würde dereinst unsern Standpunkt würdigen“, zu der Behauptung zu entstellen (die er öffentlich im Jugendbund aufgestellt hat), ich hätte gesagt, wir hätten die Versammlung bloß zu dem Zwecke gemacht, um uns eine Quittung von der Konterrevolution geben zu lassen. Die Aeußerung ist gefallen, als noch keiner gewußt hat, daß die Revolution kommt, vor allem noch nicht, daß die Konterrevolution kommt. Unser Beschluß, zum Kaiserreich das Bekenntnis abzulegen, ist in den letzten Tagen des Oktober gefallen. Damals schwankte man: soll der Kaiser abdanken, soll er nicht abdanken, soll er bleiben, und da haben wir gesagt, als man uns nahelegte, „wir sollten doch um Gottes willen nicht ein Bekenntnis ablegen, das sei doch so gefährlich, wir sollten doch bloß sagen, Bekenntnis zum Vaterland“ — da haben wir gesagt: nein, heute ist das deutsche Vaterland noch ein Kaisertum, und wir bekennen uns zum Vaterland und seiner verfassungsmäßigen Grundlage, zum Kaisertum.

Wenn wir gegenüber dem Bekenntnis der Zionisten zum jüdischen Volke sagen, daß wir uns als ein unlöslicher Bestandteil des deutschen Volkes fühlen, so wird das in der Zionistischen Rundschau oder im Jüdischen Echo eine „würdelose Kundgebung“ genannt. Also man darf zwar sagen: ich bin Mitglied eines jüdischen Volkes — das ist würdevoll, aber wenn wir sagen: nein, wir erkennen zwar eine jüdische Religionsgemeinschaft an, aber ein jüdisches Volk erkennen wir um des Judentums willen nicht an, so ist das „würdelos“.

Man hat uns genannt Denunzianten, die die Eintracht stören. Als ob die Eintracht der zerstört, der sich einem Angriff gegenüber wehrt und sein eigenes Bekenntnis abgibt, oder ob die Eintracht von dem gestört wird, der in die Welt plötzlich die neue Forderung eines jüdischen Volkes hinausruft.

Es ist schwer, zu einer Verständigung zu kommen, da die Parteileitung auch nicht ganz die Heißsporne in der Hand hat, denen sie in ihrem Moniteur, in der „Jüdischen Rundschau“, im „Echo“ freies Wort und freie Rede läßt. Gewiß ist das recht demokratisch, aber sie sollte dann auch in einer Fußnote sagen: diese Auffassung entspricht nicht dem Standpunkt der Parteileitung. Daß Herr Erich Cohn in der „Jüdischen Rundschau“ zuerst unangefochten folgende Sätze hinausgehen läßt: „Was geht uns Republik und Revolution an, wir haben uns hier bloß um jüdische Dinge zu kümmern, wir wollen uns auch bloß um jüdische Dinge kümmern“, würde ich allenfalls gelten lassen — ich habe für alles Verständnis —, aber Erich Cohn entblödet sich nicht, mit folgendem Satz nachzuhinken: Wir brauchen ja diese Frage, was deutsche Interessen sind, „nicht gar zu ängstlich und zu spitzfindig zu lösen“, denn sonst könnten wir ja gar nicht mehr Aerzte und Anwälte sein. Welche Begriffsverwirrung. Glaubt er denn, daß man einen Mann, dem es gleichgültig ist, ob in Deutschland Republik oder Kaisertum, ob Revolution oder nicht Revolution ist, als einen deutschen Anwalt wird annehmen können? Glaubt er, daß man einen solchen Mann als einen Arzt für Deutsche wird erachten können? Und wenn er für sich ein Hinterpförtchen haben will, — alle andern möge man herausschmeißen, aber die deutschen Aerzte und deutschen Anwälte — ich glaube, er ist Anwalt — soll man beibehalten, so ist das eine Würdelosigkeit, für die ich gar kein Verständnis habe. Später hat dann allerdings die „Jüdische Rundschau“ in einem Artikel nachträglich gesagt, daß sie diese Auffassung nicht billige, gute Staatsbürger wollten wir hier auch schon bleiben, unsere Staatsbürgerrechte und Pflichten wollten wir erfüllen. Das haben wir als selbstverständlich vorausgesetzt, das ist das Mindeste, daß man als Staatsbürger seine Rechte und Pflichten erfüllt. Aber es gehört mehr dazu, es gehört Volksempfinden dazu, man muß sich fühlen wie Brüder mit den andern deutschen Brüdern und nicht bloß wie Staatsbürger. Ich kann mir denken, daß man in der Schweiz, wo man Italiener, Franzosen und Deutsche vereinigt hat, sagt, ich bin Deutschschweizer, ich bin Französischschweizer, ich bin Italienischschweizer, und daß man in Amerika Deutsch-Amerikaner, Bindestrich-Amerikaner ist. Aber in Deutschland gibt es solche Bindestrich-Deutsche nicht. Wir sind Deutsche und nicht Jüdisch-Deutsche. Wir sind Deutsche jüdischen Glaubens und jüdischen Stammes.

Sind wir fremd hier, nichts weiter wie Staatsbürger, die ihre Staatsbürgerrechte und -pflichten er-

füllen, an deutscher Natur und deutschem Volksempfinden nicht teilnehmen, so wird in den Zeiten, wie wir sie jetzt haben, in denen der nationale Chauvinismus Orgien feiert, der Gedanke sich Bahn brechen, daß wir gut täten, das deutsche Vaterland zu verlassen. Ich will, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, darauf hinweisen, ich habe unlängst in der „Jüdichen Rundschau“ einen Artikel gelesen, der Grund, weshalb wir am Kongreß nicht teilnahmen, sei doch wohl nur der, weil wir uns zu versündigen glauben an unsern Staatsbürgerrechten und -pflichten. Nein, das nicht. Ich habe in all meinen antizionistischen Reden, die ich seit 1913 hier gehalten habe, gesagt: ich mache den Zionisten nicht den Vorwurf, daß sie nicht patriotisch seien, daß sie dem Kaiser nicht geben, was des Kaisers ist. Sie sind auch voll Begeisterung in den Krieg gegangen. Ich kann nur ihre Weltanschauung nicht mitmachen, aus der heraus sie sagen, ich empfinde nicht deutsch-völkisch, sonder ich empfinde jüdisch-völkisch. Nicht deshalb bekenne ich mich nicht zum jüdischen Volke, nicht, weil ich glaube, meine Staatsbürgerpflicht nicht erfüllen zu können, sondern *weil ich das völkisch-jüdische Empfinden nicht habe.* Und wenn in der „Zionistischen Rundschau“ gesagt wird: Seht doch, die Katholiken fühlen sich ja doch auch als Glieder eines internationalen Ganzen, und die Sozialdemokraten fühlen sich doch auch, trotzdem sie Deutsche sind, als Mitglieder eines internationalen Ganzen, so habe ich die Zionisten da, wo ich sie haben will: Jawohl, die *Katholiken fühlen sich als Glieder einer internationalen Religionsgemeinschaft* und die Sozialdemokraten fühlen sich als Glieder einer internationalen Sozialdemokratie, aber sie fühlen sich nicht als die Glieder eines internationalen völkischen Volkes, und so fühlen auch wir uns als Glieder einer internationalen Religionsgemeinschaft, aber nicht als Glieder eines internationalen Volkes!

Es hat allerdings zu meiner größten Ueberraschung vor vier Wochen in einer Sitzung des Jugendbundes noch Herr Dr. Klee gesagt, die Idee, daß die Juden eine Religionsgemeinschaft seien, sei von Geiger vor 50 Jahren erfunden worden. Ich glaubte, ich hätte mich durch meine Ohren täuschen lassen. Aber in der heutigen Nummer der „Israelitischen Presse“ ist die Rede abgedruckt, und da sagt er: die künstliche Idee der letzten 60 Jahre von einer jüdischen Konfession muß verschwinden. Meine Damen und Herren, weiß Herr Klee nicht, daß schon im Jahre des Edikts vom 11. März 1812 der Grundsatz proklamiert ist, daß die Juden als Inländer zu betrachten seien, und daß lange vor Abraham Geiger in Preußen vor dem Edikt von 1812 der Begriff der jüdischen Nation aufgehört hat, die Juden nicht mehr als Fremde gegolten haben, und wie die späteren Ministerialverfügungen besagten, keine besondere Gemeinde, ausgenommen eine kirchliche, nicht mehr eine politische, sondern nur eine kirchliche Verbindung gebildet haben? Will Herr Klee die Entwicklung der letzten hundert Jahre ganz ausschalten? Hat er denn vor 20 Jahren etwas anderes gewußt, als daß die Juden bloß eine Religionsgemeinschaft sind? Hat er vor 20 Jahren schon gewußt, daß er Mitglied eines jüdischen Volkes ist? Er hat es erst später gelernt, und der Unterschied zwischen uns ist nur der, daß ich etwas schwerer von Verständnis bin. Das ist notwendig, um festzustellen, daß es eine Begriffsgemeinschaft nicht gibt, daß über die Auffassung, über die Synthese zwischen Judentum und Deutschtum, zwischen uns eine unüberbrückbare Kluft ist. Ich bin in den letzten Wochen bestürmt worden mit Vorwürfen aller Art, ich sei viel zu versöhnlich, ich sei ein halber Zionist. Ich liefe ihnen nach, ich suche die Verständigung mit ihnen, ich müßte endlich reinen Tisch mit ihnen machen. Diesen Luxus würde ich mir vielleicht leisten, wenn ich der Privatmann Eugen Fuchs wäre, wenn ich nicht der Führer einer jüdischen Vereinigung wäre, die die Pflicht hat, praktische Politik zu treiben und da, wo Begriffsgemeinschaften fehlen, wenigstens Arbeitsgemeinschaften herzustellen, wo notwendigerweise zusammengearbeitet werden muß. Die Politik, nicht rechts und nicht links zu gucken und wie der Stier durch die Wand zu rennen, ist eine Politik, die viele unserer Parteien schon ins Unglück gestürzt hat. Ich bin nur der Meinung gewesen, daß, ehe ich Verständigungspolitik treibe, ich die begrifflichen Gegensätze klarlege, und die bin ich nicht müde geworden, in meinen Artikeln klarzulegen. Meine Damen und Heren, es ist leicht gesagt, reinen Tisch machen, das Tischtuch entzwei schneiden zwischen zwei Brüdern — und wir sind Brüder, und es sind viele Wohnungen in unseres Vaters Haus oder Wohnsitz. Wir müssen mit den Brüdern zusammenleben und, wo es not tut, mit ihnen zusammenarbeiten, und es müßte toll in der Welt sein, wenn zwischen zwei Juden, einem Zionisten und einem deutschnationalen Juden, nicht mehr eine Arbeitsgemeinschaft möglich wäre. Solche Gebiete, auf denen praktisch zusammengearbeitet werden kann, die gibt es unbeschadet der prinzipiellen Gegensätze, und ich werde Ihnen ein halbes Dutzend nennen. Wir müssen mit dem Zionisten kämpfen für die Gleichberechtigung der Juden. Bisher haben wir uns nur gekümmert um die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland. Ich glaube, Sie werden es nicht mißbilligen, wenn wir uns auch kümmern werden um die Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern der Welt, auch in Rumänien, auch in Tunis, wo sie noch nicht als volle Menschen gelten. Das Kümmern bisher ist ziemlich fruchtlos gewesen, es war bisher weiter nichts wie ein nutzloses Protestieren. Jetzt hilft vielleicht die Idee des Völkerbundes und des Völkerfriedens, daß auch die Stimme der deutschen Juden in die Wagschale fällt. Früher war es in der Tat weiter nichts wie eine zwecklose Demonstration.

Wir müssen eintreten für die Aufhebung aller Ausnahmegesetze, die sich gegen Juden als Juden richten in allen Ländern der Welt. Meine Damen und Herren, ich weiß, daß ich hier ein Thema berühren werde, bei dem manche noch nicht ganz stubenrein sind, daß manche das Gefühl haben, man müßte gegen lästige Ostgalizier die Grenzen schließen. Hüten Sie sich vor diesem antisemitisch würdelosen Gebahren. Ist das deutsche Volk der Meinung, daß wir Deutsche hier unter uns bleiben und daß wir die Grenze gegen Galizien und gegen Polen und gegen Litauen und Rumänien schließen sollen, so schließe man sie ,aber auch gegen die Christen, und man

schließe sie nicht um deswegen, weil der, der hineinkommen will, ein Jude ist. Wenn man sagt, Armut wollen wir nicht und die Schnorrerei wollen wir nicht haben — nun, ob die Armut und die Schnorrerei und die Laus, ob die christlich oder jüdisch ist, ist vollständig egal, und wir haben die Verpflichtung, den Menschen, die sich aus ihrer Umgebung herauserheben wollen, entgegenzukommen, denn wir dürfen nicht vergessen, daß wir selber aus der Knechtschaft uns erst herausgerissen haben. Und deshalb sage ich ein Drittes: Meine Damen und Herren, es ist ein fundamentaler Unterschied zwischen Westjuden und Ostjuden. Wir Westjuden, wir deutsche, französische, englische Juden sind unlösliche Bestandteile unserer Völker, wir sind vollgesogen von unserer deutschen, französischen, englischen Kultur und mit ihr verwachsen. Das ist anders im Osten. Die polnischen, die galizischen, die litauischen, die rumänischen Juden sind Nationalitäten. Sie haben ihre eigene Sprache, sie haben eine eigene Kultur, eine eigene Empfindung, und denen sage ich, habe ich an und für sich das zu lassen, was sie haben wollen. Ich darf mich nicht vermessen, zu sagen, du sollst polonisiert werden; wenn du Jude bleiben willst, so bleibe Jude. Und deshalb will ich, daß wir dafür sorgen, daß in den Ländern der Massensiedlungen den Juden die Rechte der nationalen Minoritäten gegeben werden, wo sie sie im Wege des Plebiszits verlangen. Ich lasse mich auch dadurch nicht beirren, daß ich sage, es kann ihnen das zum großen Nachteil gereichen. Ich habe keine Vorsehung zu spielen, ich weiß nicht, was der liebe Gott schließlich bestimmen wird, aber das erste ist, daß ich den Leuten die Freiheit ihrer Selbstbestimmung gebe und sie, wenn sie nationale Minoritäten sein wollen, darin zu unterstützen habe. Ich bin nicht inkonsequent: ich sage, wir wollen auch hier kraft des Rechts der Selbstbestimmung erklären, daß wir deutsche Juden sind und deutsch-völkisch sein wollen, — und wer jüdisch-national sein will, der mag jüdisch-national sein, mag auswandern oder hierbleiben, wie es ihm beliebt. Und nun komme ich auf eins: Palästina. Ich habe in den Reihen unserer Freunde einen großen Zwiespalt erlebt. Ich habe Freunde, die mir gesagt haben: Was geht uns Palästina an, uns ist Deutschland näher als Palästina. Das ist, verzeihen Sie, ein beschränkter Standpunkt. Palästina wird als eine jüdische Heimstätte erstehen. Die Engländer werden, nicht aus Liebe zu den Juden, sondern aus ihren Interessen am Orient, dort die Juden ansiedeln und einen Keil schieben in die Nationen, die dort herrschen, also Türken, Araber usw. Ich sage, ich darf die Fäden, welche die deutschen Juden mit Palästina verbinden, nicht zerreißen und wir müssen auch an Palästina Anteil nehmen. Und zwar tue ich das schon um des Deutschtums wegen, weil es den deutschen Interessen entspricht, daß wir die Fäden zu Palästina aufrecht erhalten, ganz abgesehen davon, daß schließlich Palästina ja für viele Juden das Land der religiösen Sehnsucht ist. Also, meine Damen und Herren, Sie werden darin keine Inkonsequenz sehen: Ich lehne den Zionismus um des Judentums willen ab und nehme Anteil an Palästina, und unterstütze es, schon um des Deutschtums willen.

Das sind Fragen, die wir mit den Zionisten zusammen regeln können. Es gibt noch mehr Fragen. Es gibt die Frage der Wiederbelebung des Judentums auf dem Boden deutscher Kultur, an der ja die Zionisten auch mitarbeiten können, denn sie werden auf ihrem Kongreß gehört haben, wie wenige Juden sie erst in 30 Jahren dort werden unterbringen können.

Also ich sage: wir lehnen den Zionismus um des Judentums willen ab, wir arbeiten mit an Palästina schon um des Deutschtums willen. Wir haben noch andere Gebiete der Arbeitsgemeinschaft. Wir wollen hier das Judentum beleben auf dem Boden deutscher Kultur. Wir wollen die Gemeinden demokratisieren, wollen ihnen ein Wahlrecht geben, durch das jeder wählen kann. Sagen Sie nicht, daß uns das nichts angeht. Es ist der Zug der Zeit, daß jede Wahl auf demokratischer Grundlage erfolgt, und ich will den Zionisten nur eines sagen: wenn wir weiter nichts wie Religonsgemeinden, Kultusgemeinden hier haben, dann ist es schon jetzt herrschende Praxis, daß natürlich der ausländische, der galizische Jude hier mitzuwählen hat, denn er ist Mitglied dieser Kultusgemeinde und teilt die religiöse Auffassung dieser Gesellschaft. Aber wenn die Herren wollen, daß wir hier jüdische Volksgemeinden haben, wenn sie das jüdische Kind vom jüdischen Kindergarten, durch den jüdischen Wanderverein, auf dem jüdischen Gymnasium, auf der jüdischen Hochschule rein im jüdisch-nationalen Leben erziehen wollen, dann denke ich nicht daran, diesen Ausländern ein Mitbestimmungsrecht zu geben. Denn ich kann nicht dulden, daß Galizier und Litauer mitzubestimmen haben über die Schule, in der Kinder deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens erzogen werden.

Der Kongreß regt die Menschen auf. Sollen wir am Kongreß teilnehmen, sollen wir nicht teilnehmen? Eine schwierige Frage. An einem Zionistenkongreß, der das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum jüdischen Volke verlangt, können wir natürlich nicht teilnehmen, denn wir erkennen die Zugehörigkeit zum jüdischen Volke nicht an. Aber wenn es sich darum handelt, einen allgemeinen Kongreß einzuberufen, so sage ich, ich will den allgemeinen Kongreß mitmachen. Wir wollen nicht schon mit fertigen Tatsachen hinkommen, von vornherein proklamieren: wir sind das jüdische Volk, sondern dort wollen wir sehen, wer jüdisch-national und wer deutsch-national ist. Ich meine, wir müßten den Mut haben, eine Machtprobe zu machen, zu sehen, ob unter den 500 000 deutschen Juden wirklich mehr wie 5000 bis 6000 bis 8000 Zionisten sind. Diesen Kongreß müssen wir machen, und wir müssen — das nötigt wieder zu einer Verständigungspolitik — an die Leitung der Zionisten herangehen und sagen: Machen wir einen ehrlichen allgemeinen Kongreß, einen allgemeinen Kongreß auf Grund des allgemeinen Wahlrechts, und dort wollen wir sehen — wir können ja eine Reihe anderer Fragen auch behandeln —, welche Interessen hat das deutsche Judentum an der Trennung von Kirche und Staat — ich fürchte zwar, es werden natürlich die, die auf deutsch-nationalem Standpunkt stehen, andere Interessen haben als die andern, aber es wird hundert

Dinge geben, die wir miteinander besprechen können. Deshalb sage ich: Verschließen wir uns nicht dem Kongreßgedanken! Wir wollen also den Kongreß mit ihnen zusammen machen, und wenn sie ablehnen, dann wird uns nichts anderes übrig bleiben, als den deutschen Kongreß, den Kongreß der deutschen Juden gegen sie zu machen. Denn, meine Damen und Herren, wenn allein die Zionisten ihren Kongreß machen, so verkenne ich nicht, daß sie uns an geschickter Propaganda und Werbetätigkeit über sind. Und so, wie sie es fertig bekommen haben, aus der amerikanischen Kongreßkundgebung eine Kundgebung zu machen, mit der sie zufrieden sein können, obwohl von 3 Millionen amerikanischen Juden bloß 400 000 beteiligt gewesen sein sollen, und, obwohl dort kein Wort vom jüdischen Volk steht, sondern das Wort „common wealth", was nur jüdische Gemeinschaft bedeutet, so werden Sie auch, wenn sie hier ihren Kongreß machen, verkündigen, daß die überwältigende einstimmige Meinung des Kongresses gewesen ist, daß die deutschen Juden jüdisch-national sind. Deshalb sage ich, müssen wir den Kongreß mit ihnen machen als eine ehrliche Machtprobe, und wenn nicht, so müssen wir ihn gegen sie machen. Es ist unendlich schwer, heute bei diesen Verkehrsverhältnissen einen allgemeinen Kongreß zu veranstalten. Vielleicht wird nichts anderes übrig bleiben, als daß eine Besprechung der Organisationen stattfindet, des Verbandes, des Gemeindebundes, der Freien Vereinigung, der Zionistischen Vereinigung usw. darüber, wie man den Kongreß veranstaltet, wie man Delegierte hinschickt, oder wenn das nicht beliebt wird, wird es vielleicht so möglich sein, daß der Verband die Gemeinden auffordert, sie möchten auf Grund eines demokratischen Wahlrechts Kongreßdelegierte wählen. Es ist, wie Sie sehen, unendlich leicht, zu sagen, wir machen nichts, reinen Tisch, schneiden das Tischtuch entzwei, keinen Kongreß! Die Dinge sind zumeist so kompliziert, daß sie nicht jede unkomplizierte Natur sogleich fassen kann.

Und nun lassen Sie mich schließen. Sie werden mich fragen, wie ich mir die Zukunft denke. Sie wissen, daß ich ein unverbesserlicher Optimist bin, daß ich trotz allem und allem immer vertrauensvoll der Zukunft entgegensehe. Wenn wir treu, selbstbewußt und einig sein werden, ist mir um die Zukunst nicht bange, und der Kampf der Geister, der gegenwärtig die Juden zu zerspalten scheint, ist kein Unglück. Wie im Handeln, kommt es auch im Denken nicht auf die Erreichung des Ziels, sondern auf die zielstreberische Bewegung an. Um Gottes willen nicht Stagnation und Kampflosigkeit. Kampf, Bewegung ist alles. Der Kampf der Geister ist das Zeichen, daß wir leben, und aus der Bewegung wird sich — des bin ich gewiß — das ergeben, was dem Judentum, was dem Deutschtum und was der Menschheit am besten frommt. Meine Damen und Herren, völkische und konfessionelle Absperrung sind schließlich auch nicht das Menschheitsideal. Nationen und Konfessionen sind nur Durchgangsstadien zu einem hohen Menschheitsideal, zu einem höheren Menschentum, und als Jude glaube ich an die messianische Mission des Judentums, daß es die Völker zu einer friedfertigen, gerechten und freien Menschheit vereinigt. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

4. Zur Berufung Struck's in die Friedensdelegation.

Zu Mitgliedern des grossen Ausschusses der Friedensdelegation waren seinerzeit Professor Sobernheim als Dezernent für jüdische Angelegenheiten im Auswärtigen Amt, Herr Lichtheim von den Zionisten, Herr Pinchas Cohn von den Orthodoxen und Herr Geheimrat Fuchs berufen worden. Die Bestätigung dieser Herren ist vor kurzem erfolgt. Nun hat die deutsche Regierung in den 38er Ausschuss, der nach Paris geht, als einzigen jüdischen Vertreter, neben je einem Vertreter der evangelischen und katholischen Religion, den Misrachist Struck delegiert. Es mag vom deutschen Standpunkt aus zu verstehen sein, dass man einen Zionisten seiner internationalen Beziehungen wegen bevorzugt hat, aber die Interessen der national-deutschen Juden werden durch einen Zionisten — gegen die Persönlichkeit Strucks ist im übrigen nichts einzuwenden — nur unvollkommen vertreten werden. Um diesen Gesichtspunkt zur Kenntnis der deutschen Regierung zu bringen, hat Geheimrat Fuchs das nachstehende „Memorandum" an den Grafen v. Brockdorf-Rantzau gerichtet:

Ew. Exzellenz

beehre ich mich folgendes vorzutragen: In den Sachverständigen - Ausschuss der Friedens - Delegation ist aus den Reihen der deutschen Juden nur ein Vertreter der zionistischen (misrachistischen d. h. orthodoxen) Richtung gewählt worden. Die im „Verbande der deutschen Juden" und im „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" organisierten Juden, die in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht jüdisch - national (zionistisch) sondern national-deutsch sind, befürchten, dass hieraus eine Schädigung ihrer jüdischen und vaterländischen Interessen erwachsen könnte. Als der Führer des 200 000 Mitglieder umfassenden Central-Vereins und zugleich als der von der „Vereinigung jüdischer Organisationen Deutschlands zur Wahrung der Rechte der Juden des Ostens" (Vjod) vorgeschlagene Sachverständige für die Vertretung der Interessen der national-deutschen Juden erlaube ich mir die Bitte, auch einen der Unsrigen zu den Friedens-Verhandlungen zuzuziehen und entweder den „Verband der deutschen Juden" oder den „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen

Glaubens“ um die Präsentation eines Vertreters der national-deutschen Juden zu ersuchen.

Ich kann mir denken, dass sich die Reichsregierung bei ihrer Auswahl von dem Gedanken hat leiten lassen, es habe ein Zionist bessere Fühlung mit den zionistischen Juden der anderen Länder. Indessen kann diese Erwägung eine ausschlaggebende Bedeutung nicht bekommen, weil auch auf der Seite unserer Gegner nicht bloss zionistische Juden sind, insbesondere sind die Kongressthesen der amerikanischen Juden durch die Wünsche und Interessen der nicht zionistischen Juden stark beeinflusst. Ich gestatte mir, darauf hinzuweisen, dass die Formel des amerikanisch-jüdischen Kongresses, die nicht von einer nationalen Heimstätte, sondern nur von einem jüdischen Gemeinwesen (common wealth) spricht, gerade der Rücksicht auf die nicht jüdisch-nationalen Juden ihre Entstehung verdankt. Ich darf ferner darauf hinweisen, dass sowohl die Fragen der nationalen Autonomie in den Ländern der jüdischen Massensiedelung als auch die Frage der kulturellen Autonomie in allen anderen Ländern nicht bloss vom zionistischen Standpunkt allein aus zu lösen sein werden, sondern eine Berücksichtigung der Wünsche der deutsch-nationalen Juden erheischen, wenn dadurch nicht ihre Stellung im Vaterlande und sonstige Interessen Gefahr laufen sollen. Ich zweifle nicht daran, dass der auserwählte Sachverständige, nach besten Kräften bemüht sein wird, objektiv zu sein, indessen haben doch schon die bisherigen Einigungsverhandlungen zwischen dem von der Vjod ernannten Sachverständigen mit dem Herrn Referenten vom Auswärtigen Amt gezeigt, wie schwer, ja unmöglich es ist, ohne Zusammenwirken beider Richtungen zu einem allen Teilen gerechtfertigten Ergebnisse zu gelangen. Der Hinweis, dass dann auch die Orthodoxen einen Vertreter verlangen könnten, ist nicht stichhaltig, weil es sowohl unter den Zionisten wie unter den Nichtzionisten Orthodoxe und Liberale gibt und daher nur der Gegensatz von national-jüdisch und national-deutsch in Frage kommt. Sollte es, was ich nicht annehme, im jetzigen Stande der Dinge unmöglich sein, auch einen Vertreter der national-deutschen Juden als dauernden Sachverständigen in den 38 er Ausschuss zu delegieren, so bitte ich, *dass wenigstens dann aus ihren Reihen auch ein Vertreter zugezogen wird, wenn es sich im Einzelfalle um jüdische Fragen handelt.*

Die blosse Zuziehung des Referenten würde einen Ausgleich nicht herbeiführen, einmal deswegen nicht, weil die im „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ und die im „Verbande der deutschen Juden“ organisierten Juden in ihm nicht einen Vertreter ihrer Interessen sehen, und weil wir alle wünschen, dass der Referent als Reichsbeamter objektiv über den Parteien stehen soll.

Da es sich um eine von mir seit einem Menschenalter erstrebte Synthese jüdischer und vaterländischer Interessen handelt, halte ich mich in meinem Gewissen für verpflichtet, die Auffassung der nichtzionistischen Juden im gemeinschaftlichen Interesse von Vaterland und Glaubensgemeinschaft zur Geltung zu bringen.

5. Erklärung von Prof. Dr. Carl Lewin

Professor Dr. Carl Lewin beanstandet das Protokoll über die Sitzung des Centralvorstandes vom 15. 1. 19 als nicht ganz klar und bittet um Aufnahme folgender Erklärung:

Wie ich erfahren habe, ist in einem Protokoll über eine Vorstandssitzung des Centralvereins, an der ich teilgenommen habe, eine Aeusserung von mir wie folgt protokolliert worden:

> „Was den Kongress anbetrifft, so ist er zweifellos als nationaljüdischer gedacht. Eine Beteiligung an ihm ist für den C.-V. nicht denkbar. Es bleibt dem C.-V. offen und ist ihm zu empfehlen, seinerseits einen Kongress mit einem grossen positiven Programm einzuberufen, auf dem insbesondere ausser den Abwehrfragen die Frage der Judentaufe, der Berufsschichtung und die Fragen der Gemeindepolitik zu behandeln wären“.

Diese Fassung meiner Aeusserung beruht auf einem teilweisen Missverständnis des Protokollführers.

1. Ich habe gemeint, nicht nur, dass der jetzt geplante Kongress mit der Voraussetzung eines Bekenntnisses zum jüdischen Volke eine Beteiligung des Centralvereins wohl kaum ermöglichen würde, sondern ich habe noch hinzugefügt, dass auch offenbar die Zionistische Vereinigung nicht mit einer Beteiligung der Juden rechne, die auf dem Boden des Centralvereins stehen.

2. Ich habe dem Centralverein nicht „empfohlen“ seinerseits einen Kongress abzuhalten, sondern ich habe anlässlich eines Zwischenrufes nur erklärt, dass, wenn etwa der Centralverein einen allgemeinen Kongress mit Einschluss der zionistischen Partei plane, hierzu ein grosses positives Programm im Sinne meiner Thesen notwendig sei, ausserdem andere Punkte (Judentaufe etc.)

3. Von einem Gegenkongress war, wie schon aus der Fassung des Protokolls hervorgeht, in meinen diesbezüglichen Ausführungen überhaupt nicht die Rede. Immer ist nur an einen eventuellen allgemeinen Kongress aller deutschen Juden gedacht und von ihm gesprochen worden.

6. Angebliche Aeusserungen eines Herrn Landau.

In den bekannten roten antisemistichen Flugblättern wird vielfach hervorgehoben, dass in einer Versammlung der Zionisten im „Lehrervereinshaus" in Berlin ein Herr Landau geäussert haben soll, er habe Gelegenheit gehabt, Einsicht in von judengegnerischer Seite gesammeltes Material zu nehmen, dessen Veröffentlichung zur Folge hätte, dass man die Juden auf der Strasse totschlage. Er bedaure, dass die Juden Anlass zu diesem Material gegeben hätten.

Auf unsere Anfrage an die „Zionistische Vereinigung" hat diese unterm 17. März cr. uns folgendes mitgeteilt:

„Es ist uns nach grossen Bemühungen gelungen festzustellen, wer der Diskussionsredner in der zionistischen Versammlung im Lehrervereinshaus seinerzeit gewesen ist. Der betreffende Herr hiess natürlich nicht Landau, sondern es handelte sich um einen Herrn Leo Bernstein. Dieser Herr Bernstein war weder Mitglied unserer Organisation noch Zionist, sondern Mitglied der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Als Sozialdemokrat trat er auch in der Versammlung auf und erzählte, dass er anlässlich der Novemberrevolution mit einigen anderen im Reichstagsgebäude in das Fraktionszimmer der Antisemiten gekommen sei, wo ihnen das Aktenmaterial der antisemitischen Partei in die Hände fiel. Darunter befand sich auch Material, das mit dem Verhalten der Juden während des Krieges sich beschäftigte. Die Veröffentlichung dieses Materials, wie es die Antisemiten vorhatten, hätte seiner Meinung nach unbedingt zu Pogromen geführt. Durch die Revolution wäre das Vorhaben der Antisemiten vereitelt worden und daher sind die Juden den Sozialdemokraten zu grossem Dank verpflichtet. Das sollen ungefähr die Aeusserungen gewesen sein, die der betreffende Herr in der Versammlung gemacht hat. Ihn selbst konnten wir leider nicht befragen, da er, wie seine Frau uns mitteilt, in den letzten Strassenkämpfen in Berlin seinen Tod gefunden hat. Vor einigen Tagen stand auch tatsächlich im „Berliner Tageblatt" seine Todesanzeige.

Von zahlreichen Mitgliedern des Centralvereins wird unter Hinweis auf den Passus im antisemitischen Flugblatt jene Aeusserung des Herrn Bernstein zu antizionistischer Agitation benutzt. Wenn wir es auch von unserem jüdischen Standpunkte aus von vornherein ablehnen, auf Argumente einzugehen, die man aus antisemitischen Flugblättern schöpft, so hoffen wir doch, dass diese Aufklärung, die wir Ihnen gegeben haben, genügen wird, Ihre Mitglieder zu veranlassen, sich geeigneteres Agitationsmaterial gegen den Zionismus zu verschaffen."

Wir haben auf den Schlusspassus dieses Briefes hin folgendes erwidert:

„Wir möchten nicht verfehlen, Ihnen auf die Schlussbemerkung Ihres Briefes zu erwidern, dass wir für die Aeuserungen unserer Heisssporne ebenso wenig verantwortlich gemacht werden wollen, wie wir die „Zionistische Vereinigung" für alles das verantwortlich machen, was unverantwortliche Mitglieder der Partei sich in ihren Aeusserungen leisten."

7. Die Stellung des jüdisch-nationalen Abgeordneten Rob. Stricker in Wien zur Frage der jüdischen Jugenderziehung.

Robert Stricker, jüdisch-nationaler Abgeordneter der deutsch-österreichischen Nationalversammlung äussert sich zur Frage der jüdischen Jugenderziehung folgendermassen:

„Diese (freie Schule) entfernt nicht nur das jüdische Kind vom jüdischen Volkstum. Sie hemmt auch seine Charakterbildung, sie erzielt Haltlosigkeit, Oberflächlichkeit und fördert den Hang zur schamlosen Anpassung. Kinder, welche beständig ihr angeborenes und ihr im Elternhaus erworbenes Wesen zurückdrängen oder gar verleugnen müssen, um sich in der fremden Umgebung halten zu können, reifen nur selten zu starken und aufrechten Menschen heran. Es ist wirklich nur der gesunden und jüdischen Art und dem immer noch intensiveren jüdischen Familienleben zu danken, dass die durch diese Schulen gegangenen Generationen seelisch nicht ganz verkrüppelt und verkommen sind. Ohne schweren Schaden aber sind sie nicht davongekommen und je weiter die Entwicklung dahin kommt, den Grossteil der Erziehungsarbeit von der Familie auf die Schule zu übertragen, desto gefährlicher wird diese sogenannte und nur scheinbar „freie" Schule dem jüdischen Individuum und der jüdischen Gesellschaft.

Schliesslich werden diese für das Judentum unhaltbaren Zustände auch der nichtjüdischen Gesellschaft gefährlich. Das in einer angeblich „freien" Schule vergewaltigte Judentum rächt sich. Seine unter diesen Misshandlungen krank gewordene Seele sondert Giftstoffe ab, welche in den Organismus der nichtjüdischen Umgebung eindringen. Es ist kein Zufall, dass an der allgemeinen Verflachung und Versumpfung des österreichischen Geisteslebens so zahlreiche jüdische Elemente als Förderer beteiligt sind. Die jüdische Journalistik, welche mit raffinierter Mache das Geistesleben industrialisiert und kapitalisiert; die Legion jüdischer Erzeuger von stumpfsinnigen, gangbaren Possen, den Hörer unfehlbar vertrottelnden Operetten, diese Fabrikanten von schmierigen Komödien und dekadentem Roman- und Dramenmist; diese sensationsgierigen Leitartikler und näselnden und säuselnden Feuilletonisten, welche jeden Dreck mit ihrem süsslichen, klebrigen

Tintenschleim umspinnen und dem Volk in Kopf uud Magen stopfen; alle diese Pflanzen sind nicht auf dem Boden des Zufalls gewachsen. Sie sind Erzeugnisse einer Schule, welche den jüdischen Kindern das Rückgrad zerbricht, ihren Geist zur Anpassung dressiert, sie im frühesten Alter daran gewöhnt, das Ich zu verstecken, sich unter erborgtem Wesen in fremde Kreise einzuschleichen und dort in der nationalen und gesellschaftlichen Lüge das Heil zu suchen."

8. Juden als Handwerker und Arbeiter.

In antisemitischen Versammlungen und in der antisemitischen Presse wird häufig die Behauptung aufgestellt, dass unter den Handwerkern und Arbeitern keine Juden zu finden seien. Zur Widerlegung dieses unberechtigten Vorwurfes sei nachstehende vom Büro für Statistik der Juden aufgemachte Statistik veröffentlicht:

Die Zahl der jüdischen Handwerker nach der Berufszählung nach 1907 dürfte ungefähr 40 000 betragen haben.

Davon sind:

selbständig 17 108
angestellt 5 795
mithelfende Familienangehörige 2 237
sonstige Arbeiter 13 332

In folgender Tabelle sind 22 handwerksmässige Berufe enthalten:

Handwerksmässige Berufe	Jüdisch. Erwerbstätig. im Hauptberuf	Von den jüdischen Erwerbstätigen waren:			
		Selbständige	Angestellte	Mithelf. Fam.-Angehr.	Sonstige Arbeiter
Gold-u.Silberschmiede	466	208	88	4	167
Klempner	534	228	6	5	295
Schlosser etc. . . .	501	98	31	1	371
Uhrmacher	495	271	14	4	206
Buchbinder	745	299	105	9	332
Gerber	334	136	94	5	99
Sattler etc.	908	308	237	9	355
Tapezierer	792	255	42	9	486
Tischler etc.	263	385	199	8	309
Drechsler etc. . . .	901	87	40	2	84
Bürstenmacher etc. .	265	112	33	4	116
Bäcker etc.	1415	595	54	173	593
Fleischer	7590	4076	70	1181	2262
Schneider	14422	6125	3452	542	4303
Putzmacher	2691	925	402	146	1218
Schuhmacher . . .	1813	977	331	45	460
Barbiere etc.	384	251	5	5	123
Bauunternehmer uud Maurer	1290	390	537	—	363
Glaser	530	373	6	6	145
Stubenmaler etc. . .	643	216	14	2	411
Steinmetze	81	38	4	—	38
Näher etc.	1457	755	31	77	592

Was die Arbeiter anlangt, so wurden im Jahre 1907 in der Land- und Berufswirtschaft 596 gezählt, in der Industrie 19 938, im Handel und Verkehr 32 447; in diesen drei Berufen zusammen: **52 954.** Das sind insgesamt 24,96 % aller Erwerbstätigen in den drei Berufen.

9. Der Zentrumsabgeordnete Pfeiffer über das Judentum.

In der „Offenbacher Volkszeitung" vom 10. 2. 19 ist ein Interview abgedruckt, das der Abgeordnete Pfeiffer einem Vertreter der „Reichspost" in Wien gewährt hat und in dem er sich über die heutige Regierung und die Rolle des Judentums in ihr ausspricht. In diesem Interview hat Pfeiffer einen durchaus judenfeindlichen Standpunkt eingenommen. Er bedient sich aller bekannten und bereits widerlegten antisemitischen Dokumente, er spricht von einer „semitischen Ueberflutung", „von der Besetzung aller wichtigen Staatsämter durch Juden", von einer „Christenverfolgung" etc. Nach Kenntnisnahme hat sich der Central-Verein an Herrn Pfeiffer direkt gewandt und ihn um Mitteilung gebeten, ob sein Standpunkt, so wie er in dem Interview bezeichnet ist, mit seiner Anschauung tatsächlich übereinstimme. Darauf ging folgende Antwort Pfeiffers ein:

. . . . . . Ich war sehr erstaunt über das Schreiben, denn ich muss annehmen, dass Sie wahrscheinlich nur die unterstrichenen Stellen des Berichtes gelesen haben und nicht auch die anderen, sonst würden Sie erkennen, dass meine Ausführungen von durchaus versöhnlichem Geiste getragen sind. Uebrigens sind meine Ausführungen in dem übersandten Abdruck erheblich gekürzt."

Die Antwort erscheint völlig ungenügend. Sie bestätigt nur, dass Pfeiffer Antisemit ist, obwohl er es auch früher bestritten hat.

10. Angebliche Misshandlungen deutscher Offiziere durch englische Juden.

In einer Versammlung in Sohrau sagte ein Oberleutnant G e i s s l e r bei Schilderung der Greueltaten, die die gefangenen deutschen Offiziere zu erdulden gehabt hätten: Die grösste Schmach hätten die deutschen Offiziere durch englische Juden zu erleiden gehabt, die in Offizierskleidung gesteckt und die, wenn die Seelenkraft der englichen Offiziere nicht ausgereicht hätte, die deutschen Standesgenossen genügend zu peinigen, mit ihrer grösseren Rohheit in Aktion getreten wären, um die Qual der Opfer zu vergrössern.

Von dem Lehrer Plaut aus Sohrau zur Rede gestellt, konnte der Vortragende weder den Namen des Gefangenenlagers noch einen der jüdischen Peiniger nennen. Im Sohrauer Stadtblatt erschien daraufhin eine von Herrn Plaut, Herrn Kurt Panofsky und Herrn Georg Schleimer unterschriebene Erklärung, in der diese sich im Namen der Sohrauer Juden dagegen verwahrten, dass ein Angehöriger des Grenzschutzkommandos (Geissler ist Offizier des Grenzschutzkommandos gewesen) seine leitende Stellung dazu benutzte und missbrauchte, um auf Grund eines angeblich erlebten Einzelfalles eine ganze Religionsgesellschaft öffent-

lich zu beschimpfen und den konfessionellen Frieden zu stören.

Infolge dieser Veröffentlichung kam der Oberst des Detachements des Grenzschutzkommandos nach Sohrau und erklärte dem Vorstande der Synagogengemeinde in Sohrau, Sanitätsrat Dr. Blumenreich, dass er den Vorfall aufs tiefste beklage, dem Oberleutnant Geissler einen scharfen Verweis erteilt und ihm strengstens verboten habe, für die Folge noch Vorträge zu halten. Oberleutnant Geissler wurde aus Sohrau versetzt und erliess auch im Sohrauer Stadtblatt vom 5. März eine öffentliche Erklärung, in der er ausführte, dass es ihm ferngelegen habe, in seinem Vortrage das deutsche Judentum zu beleidigen. Er bedaure, dass der Wortlaut der in Betracht kommenden Aeusserung, die er nicht beweisen könne, tatsächlich anders aufgefasst werden musste, als es beabsichtigt gewesen sei, er bedaure endlich, eine Konfession erwähnt zu haben, die, wie er zugebe, mit der Sache als solche nichts zu tun habe.

11. Drückeberger.

Während des Krieges und in verstärktem Masse noch jetzt nach dem Kriege arbeiten die Antisemiten trotz vielfacher Widerlegungen mit den Vorwürfen der Drückebergerei gegen die Juden. Als Gegenstück hierzu sei auf die Inserate der „Deutschen Schäferzeitung", die als rein agrarisches, also rein „arisches" Fachblatt bekannt ist, hingewiesen. Das genannte Blatt enthält in seinen Nummern vom 19. November 1917, 17. Dezember 1917, 31. Dezember 1917 und 14. Januar 1918 trotz der damals bei bürgerlichen Blättern streng gehandhabten Zensur, mehrere Stellengesuche und Stellenangebote, die ganz öffentlich die Reklamation der Bewerber verlangen, bezw. anbieten.

12. Antisemitisches in der Technischen Hochschule zu Charlottenburg.

In einer Sitzung des Studentenrates der Technischen Hochschule zu Charlottenburg vom 5. Februar cr. wurde der Antrag gestellt, den Juden das aktive und passive Wahlrecht zu nehmen. Dieser Antrag wurde nach einigen scharfen Entgegnungen eines K. Cer abgelehnt und es wurde zur Tagesordnung übergegangen.

13. „Verlag für Volksaufklärung."

Vom Jahre 1918 ab werden in Deutschland zahlreiche Flugblätter verteilt, die mit den Worten „Arbeiter und Genossen" beginnen und die die grössten Schmähungen der Juden enthalten. Als Drucker ist auf diesem Flugblatt die Buchdruckerei von Heinrich Neumann in Neukölln bezeichnet. Unsere Ermittlungen haben ergeben, dass es sich hier um einen fingierten Drucker handelt, sodass eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft keinen Erfolg gehabt hat. Durch unsere Ermittlungen haben wir dann festgestellt, dass das Flugblatt von dem Verlag für Volksaufkärung, Berlin, Köthenerstr. 45, hergestellt ist. Auf eine diesbezügliche Anzeige bei der Staatsanwaltschaft hat der Erste Staatsanwalt des Landgerichts I Berlin uns folgenden Bescheid zukommen lassen:

„Die in Verfolg Ihrer Eingabe vom 23. Januar 1919 wieder aufgenommenen Ermittlungen haben zur Auffindung von 50 Abdrucken des Flugblattes „Arbeiter und Genossen" bei dem Verlag für Volksaufklärung geführt. Zu einer weiteren strafrechtlichen Verfolgung sehe ich mich jedoch nicht in der Lage, da nach dem Ergebnis der Ermittlungen die Verbreitung des Flugblattes in der Zeit vor dem 12. November 1918, nachher aber nicht wieder stattgefunden hat und die in Frage kommende Straftat somit durch das Reichsgesetz vom genannten Tage amnestiert ist. Die von mir beschlagnahmten Abdrucke des Ausschusses habe ich vernichtet."

14. Zeitschrift „Der Arbeiterrat".

In Nr. 5 der Zeitschrift der „Arbeiterrat", Wochenschrift für praktischen Sozialismus, befindet sich auf Seite 21 ein Bericht, der die Ueberschrift trägt: „Die Schäden der Ueberreste des alten Systems". In diesem Bericht wird über das Vorgehen des Generals Freiherrn von Lüttwitz geklagt und insbesondere darüber Klage geführt, dass im Kriegsministerium noch nach altem Muster gearbeitet werde. Wörtlich heisst es dann in dem Artikel:

> „Ich muss es deshalb als eine verfehlte Taktik betrachten, wenn der Genosse Däumig von der U. S. P. es seinerzeit ablehnte, an der Seite des Unterstaatssekretärs Göhre mitzuarbeiten. An seine Stelle trat ein gewisser Hamburger (Jude), von dessen positiver Arbeit vor seiner Berufung ins Kriegsministerium oder aufrechten, grundsätzlichen Gesinnung, die doch gerade auf diesem Posten dringend erforderlich ist, die mit ihm bekannten Kameraden leider nichts berichten können".

Auf eine Vorstellung bei der Schriftleitung des „Arbeiterrates" erhalten wir folgenden Bescheid:

„Ihr geschätztes Schreiben vom 18. 3. erhalten und können Ihnen mitteilen, dass die Konfessionsbezeichnung in dem Artikel des Genossen Lucke uns entgangen ist, und dass die Schrift

leitung des „Arbeiterrat“ frei von jeglichen antisemitischen Tendenzen nur alle Fragen des Rätesystems und die wirtschaftlichen sowie kulturellen Aufgaben zu lösen bestrebt ist.

Der Verlag des „Arbeiterrat“ kann Ihnen die erfreuliche Erklärung geben, dass ohne die Hilfe idealistisch gesinnter jüdischer Genossen sein Organ nicht existieren würde“.

15. Antisemitische Verleumdungen deutscher Juden in Spanien.

Dem Central-Verein ging ein Telegramm des Rechtsanwalt Dr. Erich Simon, Berlin, der bei Kriegsausbruch in Spanien festgehalten und daselbst beim Generalkonsulat Barcelona als Hilfsarbeiter beschäftigt ist, zu. Es wird darin mitgeteilt, dass Antonio Azpeitua, der Berliner Berichterstatter der gelesensten Zeitung Barcelonas, seit Dezember v. J. verleumderische Artikel über angebliche Judenherrschaft in Deutschland veröffentlicht.

Seitens des Central-Vereins ist das Erforderliche veranlasst worden.

16. Anstellung von jüdischen Lehrkräften.

Aus Anlass eines Einzelfalles hat Herr Stadtschulrat **F i s c h e r** in einer Unterredung erklärt, dass nunmehr die jüdischen Lehrer in demselben Verhältnis wie die christlichen angestellt werden sollten, das heisst das auf je 40 Schulkinder eine Lehrkraft, Lehrer oder Lehrerin entfallen solle. Da die Zahl der jüdischen Schulkinder ungefähr 4000 beträgt, so würden ungefähr 100 jüdische Lehrkräfte für Berlin in Betracht kommen. Hiernach würde die Zahl der angestellten jüdischen Lehrkräfte nach dem Zugeständnis des Herrn Stadtschulrates Fischer wesentlich erhöht werden.

Im Anschluss an dieses wertvolle Zugeständnis des Berliner Stadtschulrates werden die Landesverbände und Ortsgruppen gebeten, in ihren Bezirken ebenfalls mit den Schulbehörden Fühlung zu nehmen, um für die jüdischen Lehrer freie Bahn zu schaffen.

17. Die Beteiligung der Protestanten, Katholiken und Juden am Kriege.

(Bearbeitet nach der Abhandlung von R. E. May, „Konfessionelle Militärstatistik“, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Ergänzungsheft XIII.)

Von Dr. E r w i n E i s e n s t ä d t.

Will man ein wirklich objektives Bild darüber gewinnen, inwieweit die Angehörigen der drei Konfessionen, Protestanten, Katholiken und Juden an unserm letzten Kriege beteiligt gewesen sind, so muß man sich lediglich auf allgemein amtliche Quellen, die Volks- und Berufszählungen, und auf sonstiges offizielles statistisches Material stützen. Man wird nur Zahlen bringen dürfen, die für jeden nachprüfbar sind, die also jede Sondererhebung, auf welchem Gebiet und durch welche Stellen es auch immer sei, außer acht lassen. So wird man auch die Entwürfe einer jüdischen Militärstatistik seitens des Kriegsministeriums, die die Juden wohl von unbegründeten Vorwürfen der Drückebergerei rein waschen sollten, so gut die Aktion auch im Interesse der in Frage stehenden Religionsgemeinschaft gemeint sein mag, wie die Militärstatistik des „Verbandes der deutschen Juden“ ablehnen müssen. Wir werden zunächst um den Anteil der drei Konfessionen am Heeresdienst überhaupt feststellen zu können, zu untersuchen haben, von welchen Faktoren die Militärtauglichkeit im allgemeinen abhängt. Haben wir diese Resultate an Hand der statistischen Unterlagen gefunden, so müssen wir als weiteres Ergebnis zu gewinnen suchen, welche Rolle diese Abhängigkeitsfaktoren der Militärtauglichkeit bei den einzelnen Konfessionen spielen.

Die Militärtauglichkeit wird in erster Linie durch die Gebürtigkeit (in der Stadt oder auf dem Lande) beeinflußt. Nach dem statistischen Jahrbuch deutscher Städte (1914. S. 889, die Ergebnisse des Heereserzeugungsgeschäfts nach Größenklassen der Geburtsorte) waren von je 100 endgültig Abgefertigten tauglich (1912):

in der Landgemeinde überhaupt:	58,9%
„ „ Stadt „	51,1% und zwar
in Städten mit 100—200 000 Einwohnern:	54,4%
„ „ „ 200—500 000 „	50,2%
„ „ „ 500—1 000 000 „	46,7%
„ „ „ über 1 000 000 „	31,9%

das heißt in den Landgemeinden betrug die Militärtauglichkeit von 100 endgültig Abgefertigten: 58,9%
in Städten mit über 1 Million Einwohnern: 31,9%, also
eine Mindertauglichkeit von rund 27%

Wie verteilt sich diese bei Stadt- und Landgeborenen graduell recht verschiedene Militärtauglichkeit auf die drei Konfessionen? Im Jahre 1910 wohnten nach der preußischen Statistik von je 100 Einwohnern:

	auf dem Lande	in den Städten
Evangelische:	50,1%	49,9%
Katholiken:	59,0%	41,0%
Juden:	12,7%	87,3%

Allein nach der Gebürtigkeit bemessen, stellte die katholische Bevölkerung, da sie den größten Prozentsatz Landgeborener aufweist, gemäß unserer obigen Aufstellung über die Militärtauglichkeit in den Städten und auf dem Lande auch die verhältnismäßig größte Zahl an Militärtauglichen überhaupt. — Wir haben festgestellt, daß die Protestanten — um runde Zahlen zu nennen — in gleicher Stärke auf dem Lande, wie in der Stadt geboren sind. Die Katholiken haben etwa 10% mehr Land- als Stadtgeborene, und die Juden einen 7 mal so großen Prozentsatz an Stadt- als Landgeborenen! Da der Durchschnitt der Militärtauglichkeit bei Stadt- und Landgeborenen eine Differenz von etwa 8% zugunsten der Landgebürtigen beträgt, so müßten die Protestanten bei gleicher Stärke an Stadt- und Landgeborenen ihrem Anteil an der männlichen Gesamtbevölkerung gemäß um ein Geringes stärker im Heere vertreten sein. Die Katholiken müßten im Verhältnis zu ihrer männlichen Gesamtbevölkerung mit Rücksicht auf ihren höheren

Prozentsatz an Landgeborenen im Vergleich zu den Protestanten stärker unter den Heeresangehörigen vertreten sein als diese. Die Juden aber müßten in Anbetracht ihrer 7 mal so großen Stadt- als Landgeborenen anteilig ihrer Prozentualquote der männlichen Gesamtbevölkerung gut 50% weniger Heeresangehörige stellen als die Katholiken und als die Protestanten. Wie verhalten sich hierzu die Ergebnisse in Wirklichkeit? Nach der Berufszählung vom 12. Juni 1907 waren von je 100 Angehörigen der männlichen Gesamtbevölkerung

61,7% evangelisch
36,9% katholisch
0,9% jüdisch

Von 100 Angehörigen in Heer und Marine waren gemäß der Berufszählung vom 12. Juni 1907:

68,4% evangelisch
31,2% katholisch
0,3% jüdisch

Wir sehen also, daß die Protestanten entsprechend ihrer prozentualen männlichen Gesamtbevölkerung mit ziemlich gesteigertem Prozentsatz im Heere vertreten sind, die Katholiken trotz ihrer höheren Quote an Landgeborenen um etwa 6% hinter ihrem Bevölkerungsprozentsatz zurückbleiben. Die Juden stellen gemäß ihres hohen Prozentsatzes an Stadtgeborenen aber nicht 50% ihres Bevölkerungsprozentsatzes, sondern nur 30%. Sie bleiben also um 20% hinter ihrem „Sollsatz" zurück. Der Grund dafür, daß die Protestanten bei gleicher Stärke der Stadt- und Landgeborenen, obwohl ihr Prozentsatz an der männlichen Gesamtbevölkerung nur 61% beträgt, mit 68% im Heere vertreten sind, liegt darin, daß sie einen 5 mal so großen Prozentsatz an Offizieren stellen, wie die Katholiken. Hierdurch findet auch zum Teil der geringere Prozentsatz der Katholiken im Heere im Vergleich zu ihrer männlichen Gesamtbevölkerung trotz ihres hohen Kontingents an Landgeborenen seine Aufklärung. Ein weiterer Grund hierfür liegt auch darin, daß die Kapitulanten größtenteils Protestanten sind, weil die Katholiken bei der Zivilversorgung benachteiligt zu werden fürchten. Diese beiden Gründe, Nichtbeteiligung am Offizierkorps — bei den Juden 0%, bei den Katholiken immerhin 17% — und das gänzliche Fehlen an Kapitulanten geben Aufschluß darüber, daß die Juden mit 20% ihres „Sollsatzes" an Heeresangehörigen, der wie erwähnt 50% ihrer männlichen Gesamtbevölkerung betragen müßte, im Rückstand bleiben. Doch diese Umstände allein dürften trotz des hohen Prozentsatzes an Stadtgeborenen bei den Juden nicht hinreichen, um den Minderprozentsatz von 20% der jüdischen Heeresangehörigen zu erklären. — Die von uns gegebenen Zahlen betreffs der Militärtauglichkeit der Angehörigen der drei Konfessionen stammen aus Friedenszeiten, in denen die Militärtauglichkeitsgrenze ziemlich eng gesteckt war. Im Kriege hat man bedeutend laxere Normen — weil Zwang dazu vorlag — bezüglich der Militärtauglichkeit anwenden müssen. Ja die Grenze der Militärtauglichkeit ist soweit gesteckt worden, daß ein wirkliches Volksheer geschaffen wurde, so daß alle drei Konfessionen entsprechend ihrer männlichen Gesamtbevölkerung im Heere vertreten sein mußten. Mithin mußten auch die Juden trotz ihrer fast auschließlichen Stadtgebürtigkeit einen ihrer Bevölkerung entsprechenden höheren Prozentsatz an Heeresangehörigen als im Frieden stellen! Gibt es aber überhaupt Faktoren die uns die Minderzahl der jüdischen Heeresangehörigen im Kriegsheere im Vergleich zu ihrer männlichen Gesamtbevölkerung unter Berücksichtigung ihrer Stadtgebürtigkeit erklärlich finden lassen? Aufschluß hierüber dürfte uns wohl der Altersaufbau der drei Konfessionen geben. Es wird der Altersaufbau der Protestanten, Katholiken und Juden zu vergleichen und festzustellen sein, ob die Juden denn nicht einen normalen Prozentsatz an Militärtauglichen, d. h. Männern im Alter von 18—45 Jahren aufbringen konnten! Daß der Altersaufbau einer Religionsgemeinschaft für den Prozentsatz ihrer Heeresangehörigen ausschlaggebend sein kann und nicht nur ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung unter Berücksichtigung ihrer Militärtauglichkeit, mag folgendes extrem gewählte Beispiel zeigen: Nehmen wir an, in einer der drei Konfessionen hätten die Geburten 1869 ganz aufgehört, dann wäre trotz eines noch so großen Prozentsatzes dieser Konfessionsangehörigen an der männlichen Gesamtbevölkerung bei einer Dienstpflicht bis zum 45. Jahre kein einziger Angehöriger dieser Konfession im Heere vorhanden gewesen. Inwieweit nun die Geburtenhäufigkeit in Verbindung mit der Sterblichkeit bei Protestanten, Katholiken und Juden verschieden ist, und damit ihr Prozentsatz an Militärpflichtigen, abgesehen von der Militärtauglichkeit, deren Differenzierung wir bei den drei Konfessionen festgestellt haben, aufgebracht werden konnte, werden wir zu untersuchen haben. Da alle 10 Jahre das deutsche Volkszählungsmaterial nach Altersklassen und Geschlecht bearbeitet wird, so wären wir in der Lage an Hand dieses bearbeiteten Materials und der deutschen Sterbetafel feststellen zu können, wie stark jeder Jahrgang der männlichen im dienstpflichtigen Alter befindlichen Bevölkerung bei Kriegsausbruch vertreten war. Leider können wir diese Feststellung nicht getrennt nach Konfessionen vornehmen, da jegliche konfessionelle Scheidung fehlt. Lediglich die preußische Statistik gibt uns über diese uns hier interessierende Frage Aufschluß. Da aber der Prozentsatz der drei Konfessionen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung im Reich wie in Preußen ziemlich derselbe ist, werden unsere Untersuchungen für Preußen auch für's Reich den Anspruch auf Gültigkeit machen können.

Nach der Volkszählung vom 1. Dez. 1918 waren Einwohner			in Preußen waren im Jahre 1910 unter 100 ehelich Geboren. durchschnittl. Kinder aus reinen Ehen
	i. Deutsch. Reich	in Preußen	
	%	%	
Evangel.	39991421 = 61,59	61,82 = 24830547	52,3 %
Röm. Katholische	23821453 = 36,69	36,34 = 14581829	40,4 %
Juden	615021 = 0,95	1,04 = 415926	0,5 %

Vergleicht man den Prozentsatz der einzelnen Konfessionen an der Gesamtbevölkerung mit dem ihrer Geburtenquote, so ergibt sich, daß die Geburtenziffer der Protestanten hinter ihrem Bevölkerungsanteil um 10% zurückbleibt, die der Katholiken um 4% größer ist, und die der Juden gar um mehr als 50% sich vermindert. Es zeigt sich so mit nur allzugroßer Deutlichkeit, daß der Geburten-Prozentsatz der Juden im Verhältnis zu ihrer Gesamtbevölkerungsquote und den Ergebnissen der beiden anderen Konfessionen in einem argen Mißverhältnis steht. Aus dem Verhältnis des Geburtenprozent-

satzes der einzelnen Konfessionen zu ihrem Prozentsatz an der Gesamtbevölkerung lassen sich Schlüsse ziehen, inwieweit Protestanten, Katholiken und Juden im Kriegsheere vertreten sein konnten und vertreten gewesen sind. Um dies festzustellen, werden wir uns aber nicht mit den Zahlen aus dem Jahre 1910 begnügen dürfen, sondern auf die Jahrgänge zurückgreifen müssen, die die Militärpflichtigen für das Kriegsheer stellten, das wären die Jahrgänge 1870—1900. Da 1875 keine Zählung nach Konfessionen stattgefunden hat, nehmen wir die Jahrgänge 1871, 1880, 1885, 1895 und 1900[1]).

Die Durchschnittszahlen sind folgende:

	Evangel.	Kathol.	Juden
% der Bevölkerung 1871	64%	33,6%	1,32%
„ „ „ 1900	61,8%	36,3%	1,04%
% der Bevölkerung im Durchschn. der Jahre 1880/1900	64,1%	34,4%	1,24%
% der Bevölkerung im Durchschn. der Jahre 1871/1900	64,2%	34,2%	1,25%

Wir sehen, daß der Anteil der Protestanten um fast 3% (von 1871 bis 1900) zurückgegangen ist, derjenige der Katholiken um fast ebensoviel gestiegen, derjenige der Juden um 0,28% — das ist 1/5 ihres Prozentsatzes überhaupt, — zurückgegangen ist.

	Evang.	Kathol.	Juden
% der Bevölkerung, Durchschnitt 1871/1900	64,2	34,2	1,25
% der Geburten aus reinen Ehen, Durchschnitt 1876/1900 . . .	53,8	32,0	0,8
Differenz:	10,4%	2,2%	0,5%

In der obigen Gegenüberstellung ist nicht ausschlaggebend die Differenz der beiden Prozentsätze an sich, sondern das prozentuale Verhältnis dieser Differenz zum Prozentsatz, der Gesamtbevölkerung. Dieses beträgt bei den Protestanten 16, bei den Katholiken 6 und bei den Juden 40%. Hieraus ergibt sich, daß die Katholiken bei ihren überwiegenden Landgeborenen und der günstigen Geburtenquote der 3 Konfessionen erheblich stärker im Kriegsheere vertreten gewesen sein müssen, als die Protestanten. Für die Beteiligung der Juden im Kriegsheer ergibt sich folgendes Bild: Entsprechend ihrer hohen Stadtgebürtigkeit konnten die Juden nur mit 50% ihrer männlichen Gesamtbevölkerung vertreten sein, dies war aber nicht einmal der Fall, sondern sie blieben, wie wir festgestellt haben, um 20% hinter diesem „Sollsatz“ zurück. Da die Differenzquote der Juden 40% der Gesamtbevölkerung beträgt, kann aber der „Sollsatz“ der Juden auch nicht mehr 50% ihrer männlichen Gesamtbevölkerung erreichen, sondern nur noch 30%. Diese 30% haben die Juden tatsächlich, wie eingangs festgestellt wurde, im Friedensheere aufgebracht. Da aber die Militärtauglichkeitsgrenze im Kriege erheblich herabgesetzt worden ist, so müssen die Juden ihren Sollsatz an Heeresangehörigen trotz ihres hohen Prozentsatzes an Stadtgeborenen und trotz der ungünstigen Geburtenquote noch erheblich überschritten haben! Zur Vervollständigung unserer Behauptung bezüglich unserer Ergebnisse über die Beteiligung der verschiedenen Konfessionsangehörigen im Kriegsheere müssen wir noch die Sterblichkeitsquote in Betracht ziehen.

Der Prozentsatz der 3 Konfessionen an der Gesamtbevölkerung war folgender:

	Evang.	Kathol	Juden
Durchschnitt 1871/1900	64,2	34,2	1,25
Von 100 Gestorbenen waren im Durchschnitt 1871/1900 . . .	63,3	35,7	0,85
Differenz:	0,9	+ 1,5	0,40

Der Anteil der Katholiken an den Todesfällen ist der größte. Die Differenz beträgt im Verhältnis zu ihrer Gesamtbevölkerungsrate ein Plus von 4,4%, bei den Protestanten beträgt sie ein Minus von 1,4 und bei den Juden ein solches von 32%! Die preußische Statistik ermöglicht uns eine Nachprüfung dieser Zahlen auf die verschienenen Jahresklassen Im Durchschnitt der Jahre 1877/1900 waren von je 100 Gestorbenen:

	Evang.	Kathol.	Juden
von den Kindern (bis 15 Jahre alt)	62,3	37,1	0,55
von den Erwachsenen (über 15 Jahre alt)	64,7	33,9	1,18
% d. Bevölk., Durchschn. 1871/1900	64,2	34,2	1,25

Wir sehen: bei den Evangelischen ist der Prozentsatz der Sterblichkeit an Kindern geringer als der Prozentsatz an der Gesamtbevölkerung. Da bei ihnen die höheren Altersklassen stärker vertreten sind als der Bevölkerungs-Durchschnitt, ist auch die Sterblichkeitsquote der Erwachsenen ein wenig größer als der Anteil an der Bevölkerung. Die große Sterblichkeit der Katholiken erklärt sich aus ihrer großen Kindersterblickeit, die allerdings ihrer großen Geburtenrate entspricht. Die Sterblichkeit ihrer Erwachsenen ist fast gleich ihrer Gesamtbevölkerungsquote. Bei den Juden sollte man entsprechend ihrer äußerst niedrigen Geburtenrate annehmen, daß ihr Prozentsatz an Sterbefällen der Erwachsenen über ihren Gesamtbevölkerungsanteil hinausgehen würde. Das ist indessen nicht der Fall. Und zwar darum nicht, weil einmal infolge ihrer verhältnismäßig besseren Lebenshaltung die Lebensdauer ihrer Angehörigen den allgemeinen Durchschnitt übertrifft und zweitens weil ein nicht unerheblicher Teil ihrer Angehörigen, die als Juden geboren sind, als Angehörige anderer Konfessionen sterben. Auffallend ist auch die geringe Kindersterblichkeit der Juden, die nicht einmal halb so groß ist, wie ihre Quote an der Gesamtbevölkerung. Diese geringe Kindersterblichkeit der Juden ist aber bedingt durch ihre äußerst geringe Geburtenzahl. Denn das prozentuale Verhältnis der Differenz von Geburtenquote und Gesamtbevölkerungsanteil betrug 40%, bei den Protestanten aber nur 16 und bei den Katholiken gar nur 6%. Auch das Verhältnis der Kindersterblichkeit zur Sterblichkeit der Erwachsenen bei den Juden beweist, daß ihr Altersaufbau im Vergleich zu dem der Protestanten und Katholiken ein ganz anormaler ist. Während diese beiden Prozentsätze bei den Katholiken und Protestanten an-

[1]) Wir führen die Ergebnisse der Jahrgänge 1871 und 1900 gesondert auf damit die prozentuale Verschiebung, die sich infolge der verschiedenen Fruchtbarkeit bei den einzelnen Konfessionen ergibt, besser ersichtlich wird.

nähernd die gleichen sind, verhalten sie sich bei den Juden etwas stärker noch als 1:2. — Es bleibt noch übrig, um Rückschlüsse auf die Anteile der Konfessionen am Kriegsheer ziehen zu können, ihre Geburtenüberschüsse festzustellen.

In den Jahren 1870/1900 entfielen im Durchschnitt in Preussen auf je 1000 Einwohner:

Geburten überhaupt (einschliessl. Totgeburten)		39,10 %
Sterbefälle „ „ „		25,21 %
	Geburtenüberschuss	13,89 %
	= 55 % der Sterbefälle.	

Legt man zugrunde, dass von 100 Geburten auf die reinen Ehen der:

	Evgl.	Kathl.	Juden	
	53,8	32,0	0,8	Geborene entfielen
von 100 Sterbefällen	63,3	35,7	0,85	Gestorbene „
dann waren von den 39,10 % Geborenen	21,04	12,51	0,31	
und von den 25,1 % Gestorbenen . . .	15,96	9,00	0,21	
Differenz	5,08	3,51	0,10 %	

Die Geburten übertrafen die Sterbefälle um: evangelische 31,8 %, katholische 39,0 %, Juden 47,6 %.

Demnach haben die Katholiken trotz grösserer Kindersterblichkeit durch ihre grössere Geburtenrate noch einen grösseren Geburtenüberschuss als die Protestanten. Die Juden aber haben trotz niedrigster Geburtenrate infolge der geringeren Sterblichkeit den grössten „Geburtenüberschuss". Nur beruht diese Wirkung auf einem entgegengesetzten Ursächlichkeitsfaktor wie bei den Katholiken, nämlich: die Katholiken haben bei verhältnismässig grösster Kindersterblichkeit und verhältnismässig grösster Geburtenrate einen Geburtenüberschuss durch Geburten! Die Juden bei verhältnismässig geringster Geburtenrate und verhältnismässig geringster Sterblichkeit einen Geburtenüberschuss durch Nichtgestorbene! Mithin sind bei den Katholiken die jüngeren Altersklassen am stärksten, bei den Juden am schwächsten, die älteren Altersklassen bei den Juden am stärksten, bei den Katholiken am schwächsten vertreten. Es müssen also im Kriegsheere die Katholiken anteilig ihrer Gesamtbevölherungsquote bei überwiegenden Landgeborenen und stärkster Besetzung der jüngeren Altersklassen verhältnismässig am stärksten, die Juden mit fast ausschliesslich Stadtgeborenen und stärkster Besetzung der älteren Jahresklassen auch im Verhältnis zu ihrer Gesamtbevölkerung am schwächsten vertreten gewesen sein.

Neben der Feststellung über den Prozentsatz an Heeresangehörigen der drei Konfessionen im Verhältnis zu ihrer Gesamtbevölkerung und ausser den Faktoren, die wir als mitbestimmend für diese Quoten gekennzeichnet haben, spielt auch der Grad der Verwendungsfähigkeit der Heeresangehörigen eine Rolle Die körperliche Tauglichkeit, die Verwendungsfähigkeit hängt ab von der Gebürtigkeit und von dem Beruf. Bezüglich der Gebürtigkeit weisen die Landgeborenen einen höheren Grad von Verwendungsfähigkeit auf als die Stadtgeborenen, d. h. sie sind in erheblich höherem Masse k. v. (kriegsverwendungsfähig) als die Stadtgeborenen, bei denen die Kennworte g. v. und a. v. (garnisondienst- und arbeitsverwendungsfähig) für den Grad ihrer Militärtauglichkeit bezeichnend sind. Bezüglich des Berufes steht fest, daß die landwirtschaftlich Berufstätigen eine höhere Verwendungsfähigkeit haben als die Erwerbstätigen anderer Berufe. In Preussen entfielen auf 1000 weibliche im Alter von 15—45 Jahren stehende Personen durchschnittlich Lebendgeborene:

	in der Stadt %	auf dem Lande %
1876/1881	160,6	182,9
1881/1990	145,2	179,1
1891/1895	140,7	181,9
1896/ 900	136,6	183,1
1901/1905	129,1	178.7
1906/1910	117,6	168,8
1911/1913	102,2	153,3

Es waren also die ländlichen Mütter stets erheblich fruchtbarer als die städtischen. Die Angehörigen des Kriegsheeres, die in den Jahren 1876/1900 geboren sind, weisen im Durchschnitt in dieser Zeit in Bezug auf ihre ländliche und städtische Gebürtigkeit folgendes Verhältnis auf: 181 : 145,8. Die ländliche Fruchtbarkeit übertraf mithin die städtische um 25 %.

Von der Gesamtbevölkerung Preussens lebten:

	In der Stadt %	Auf dem Lande %
1871	32,4	67.6
1875	34,1	65,9
1900	43,1	56,9
Durchschnitt 1871/1900	36,5 %	63,5 %

Mithin stammen die Angehörigen des Kriegsheeres fast zu $^2/_3$ vom Lande und zu $^1/_3$ aus der Stadt. Und unter Berücksichtigung der grösseren Fruchtbarkeit auf dem Lande ergibt sich, dass im Kriegsheere höchstens 30 % Stadtgeborene aber 70 % Landgeborene vorhanden waren. Das Gros der Heeresangehörigen, die die höhere Verwendungsfähigkeit besassen, sind also Landgeborene gewesen. Da die Juden fast ausschliesslich Stadtgeborene sind, konnte der Grad ihrer Heeresangehörigen aus den entwickelten Gründen nur gering sein. Die Juden mussten also auch prozentual im Verhältnis zu ihrer Gesamtbevölkerungsquote hinter dem Prozentsatz der graduellen Verwendungsfähigkeit der Katholiken und Protestanten zurückbleiben. Wie die evangelischen Soldaten wieder im Vergleich zu den katholischen eine geringere Verwendungsfähigkeit aufweisen konnten, da sie in grösserem Umfange Stadtgeborene und in geringerem Umfange landwirtschaftlich berufstätig sind als die Katholiken. Aus der Feststellung, dass die Katholiken vermöge ihrer grösseren Prozentualquote an Landgeborenen und einer grösseren Zahl von Angehörigen, die in der Landwirtschaft tätig sind, ein verhältnismässig grösseres Kontingent an Militärtauglichen höheren Verwendungsgrades als die Protestanten im Kriegsheere stellten, aus der Feststellung, dass die Katholiken infolge ihrer grösseren Geburtenrate eine stärkere Besetzung der jüngeren Altersklassen aufwiesen und damit in ihren militärpflichtigen Jahrgängen im Kriegsheere stärker vertreten waren als die Protestanten, ergibt sich, dass das Gefahrenrisiko der Katholiken und Protestanten ein verschiedenes gewesen ist. Auch aus der Feststellung, dass die

Juden bei fast ausschliesslicher Stadtgebürtigkeit und bei einer kaum nennenswerten Anzahl in der Landwirtschaft Berufstätiger hinter ihrem „Sollsatz“ an Militärtauglichen zurückbleiben und selbst zu ihrer im Vergleich zu Protestanten und Katholiken recht minimalen Gesamtbevölkerung infolge ihrer überaus niedrigen Geburtenrate und damit ihres geringen Prozentsatzes an Angehörigen in den jüngeren Jahresklassen auch unter dem Durchschnitt eines allgemeinen Verwendungsfähigkeitsfaktors zurückbleiben mußten, geht ebenfalls hervor, daß das Gefahrenrisiko bei den drei Konfessionen ein ungleichmäßiges gewesen ist. Es ist zweifellos ein größerer Prozentsatz der katholischen Soldaten länger im Felde gewesen als bei Protestanten und Juden Und dies darum, weil bei den Katholiken die jüngeren Jahrgänge, die zuerst einberufen worden sind, stärker vertreten sind als bei den Protestanten, deren größerer Prozentsatz an älteren Jahrgängen erst später zur Einziehung gekommen ist. Mithin liefen die katholischen Heeresangehörigen auch ein größeres Risiko als die der beiden anderen Konfessionen. Die Katholiken haben daher auch den höchsten Prozentsatz an Toten und Verwundeten gehabt. Dies um so mehr, als sie auch infolge der größeren Anzahl an Landgeborenen und der in der Landwirtschaft Berufstätigen den höchsten Prozentsatz der graduell höchsten Verwendungsfähigkeit aufzuweisen hatten. Dies höhere Gefahrenrisiko blieb auch während der ganzen Kriegsdauer insofern bestehen, als sie den höheren Prozentsatz der Protestanten an älteren Jahrgängen, der in der Folgezeit zur Einziehung gelangte, durch den prozentual stärksten Nachersatz an jungen Jahrgängen, deren Ausbildungszeit nur Wochen betrug, wieder ausgleichen konnten. Wenn auch die Protestanten infolge ihrer schwächeren Besetzung der jüngeren Jahrgänge und ihrer geringeren Militärtauglichkeit (Stadt- und Landgeborenen halten sich die Wage) verhältnismäßig ein geringeres Gefahrenrisiko als die Katholiken aufweisen, so wurde doch dadurch, daß die Protestanten im Offizierkorps ganz erheblich stärker vertreten waren, ein gut Teil ihres allgemeinen geringeren Gefahrenrisikos wieder ausgeglichen. Allerdings ergibt sich für die Protestanten wieder ein anderes Bild bezüglich der Größe ihres Gefahrenrisikos gegenüber dem der Katholiken, wenn man bedenkt, daß die Bildungsschicht der Protestanten etwa doppelt so groß ist als bei den Katholiken, die Protestanten mithin ein erheblich größeres Kontingent an Militärbeamten gestellt haben, deren Tätigkeit sich meist nicht im Schützengraben vollzog! — Ganz erheblich geringer aber noch als bei den Protestanten im Vergleich zu den Katholiken mußte das Gefahrenrisiko der Juden sein. Die Juden stellten infolge ihrer fast ausschießlichen Stadtgebürtigkeit und ihres fast völligen Nichtvertretenseins in den landwirtschaftlichen Berufen auch an ihrer Gesamtbevölkerung gemessen die wenigsten Militärtauglichen und den geringsten Grad der Verwendungsfähigen. Und weil die jüngeren Jahresklassen bei ihnen im Vergleich zu Katholiken und Protestanten sehr erheblich schwächer vertreten sind, mußten sie auch den verhältnismäßig größten Prozentsatz Späteingezogener stellen. Mithin mußte das Gefahrenrisiko der Juden auch im Vergleich zu den Angehörigen der beiden anderen Konfessionen das geringste sein. Hinzu kommt, daß die Juden infolge ihrer größten Bildungsschicht gegenüber Katholiken und Protestanten auch eine prozentual höhere Quote an Militärbeamten stellen, die durch nichts, auch nicht durch einen großen Anteil am Offizierkorps etwa ausgeglichen werden konnte! — Wenn wir die Verhältnisse, wie sie im Kriegsheere gelegen haben, sine ira et studio hier behandelt, uns nur an erweisbare und leicht nachzuprüfende Tatsachen gehalten haben, so muß man auch feststellen, daß die ganzen Redensarten, die Juden hätten sich vor dem Heeresdienst gedrückt, nichts als leere Schlagworte sind. Jede Statistik, die etwa den geringen Prozentsatz der Juden im Kriegsheere — selbst im Verhältnis zu ihrer Gesamtbevölkerung — und ihr geringes Gefahrenrisiko und damit ihre verhältnismäßig geringe Zahl an Gefallenen und Verwundeten feststellen sollte, wird auch feststellen müssen, daß diese geringen Quoten der Juden auf ihrer fast ausschließlichen Stadtgebürtigkeit, ihrem Nichtvertretensein in den landwirtschaftlichen Berufen, ihrer im Vergleich zu Protestanten und Katholiken erheblich geringeren Geburtenrate und ihrer viel schwächeren Besetzung der jüngeren Jahresklassen beruht hat und auf sonst nichts Anderem!

18. Vereinsgründungen.

Die nachfolgenden Notizen gingen mit der Bitte um Veröffenlichung ein:

„Die Kameraden“. Seit langer Zeit bestand in weiten Kreisen unserer Jugend der Wunsch sich auf dem Boden des Centralvereins zu körperlicher Stählung und Pflege des vaterländischen Gedankens zusammenzuschliessen. Das Bedürfnis war so stark, dass sich in letzter Zeit, unabhängig von einander an mehreren Stellen im Reich (Berlin, Breslau, Ratibor, Oppeln, Liegnitz, München etc.) Vereinigungen gleicher Tendenz bildeten, die nun im Begriffe sind, sich zu einem Bunde „Die Kameraden“ zusammenzuschliessen. Der Bund steht fest auf dem Boden des Centralvereins und will seine Mitglieder zu selbstbewussten Juden heranziehen, die sich unlösbar mit unserem deutschen Vaterlande verbunden fühlen. Er lehnt das Nationaljudentum entschieden ab. Zu den religiösen Parteirichtungen innerhalb des Judentums nimmt der Verein keine Stellung. Seinem Zwecke dienen sportliche Veranstaltungen jeder Art, gesellige Zusammenkünfte, Führungen durch Museen und wissenschaftliche sowie Tendenzvorträge.

Die neue Bewegung hat sich erstaunlich schnell entwickelt und kann bereits auf eine stattliche Anzahl von Mitgliedern hinweisen. Es wird angestrebt, möglichst zahlreiche Zweigvereine der „Kameraden“ zu gründen. Die Freunde des Centralvereins finden hier Gelegenheit, ihre Kinder einer Bewegung zuzuführen, die ihnen eine Gewähr dafür gibt, dass nicht unter dem Deck-

mantel allgemein jüdischer Interessen unter ihren Kindern eine einseitige jüdisch-nationalistische Erziehung propagiert wird. Dankbar gedenken wir der Unterstützung, die uns die Leitung des Centralvereins hat zu Teil werden lassen. Wir brauchen aber vor allem tätige Mitarbeiter. Zu dieser Mitarbeit rufen wir alle Freunde auf.

Zu jeder Auskunft bin ich bereit.

stud. jur. Martin Sobotker
Berlin NO. 55, Winsstr. 31.

* * *

„Eine Arbeitsgemeinschaft jüdischer Jugendorganisationen von Gross-Berlin“ auf national-deutscher Grundlage wurde am 26. März von dem Jüdisch-liberalen Jugendverein, Berlin, der K.-C.-Verbindung „Sprevia“, im K.-C. renoncierenden Verbindung „Silesia“, dem Jüdischen Sportverein „Kameraden“ und dem „Jüdischen Turnverein von 1905“ gegründet. Zu diesen Beratungen war der Centralverein eingeladen und durch zwei Vorstandsmitglieder vertreten. Die Arbeitsgemeinschaft bezweckt eine Vereinigung solcher Jugendorganisationen, deren Mitglieder sich als unlösbare Bestandteile des deutschen Volkes fühlen und auf den Boden deutscher Kultur die Treue zur jüdischen Religionsgemeinschaft pflegen. Insbesondere ist es Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft, die berufenen Organisationen im Kampfe für die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der jüdischen Deutschen zu unterstützen. Ausserhalb dieser Tendenz liegende Bestrebungen der einzelnen Organisationen bleiben davon unberührt. Die einzelnen Verbände wählen je zwei Delegierte, die mindestens einmal monatlich zu einer Besprechung zusammentreten und alljährlich einen Arbeitsausschuss von drei Personen wählen, der die laufenden Geschäfte erledigt. Der Centralverein wurde gebeten, zur Delegiertenversammlung zwei ständige Vertreter zu entsenden.

Es wird angestrebt, Arbeitsgemeinschaften gleicher Tendenz überall dort zu gründen, wo auf national-deutscher Grundlage stehende jüdische Jugendvereine vorhanden sind, und zu einem Bunde über ganz Deutschland zusammenzufassen.

Auskunft erteilt stud. techn. Bruno Woyda, Berlin NO., Prenzlauer Allee 6.

* * *

Der Vaterländische Bund jüdischer Frontsoldaten wurde in Berlin Anfang April gegründet. Er bezweckt den Zusammenschluss der jüdischen Frontsoldaten Deutschlands zur gemeinsamen Abwehr aller Angriffe, die auf eine Herabsetzung ihres vaterländischen Verhaltens im Kriege gerichtet sind, ferner die Förderung der Kriegsfürsorge, insbesondere auf dem Gebiet des Siedlungswesens. Mitglied des Bundes kann jeder jüdische Kriegsteilnehmer werden, der zur kämpfenden Truppe gehört hat; ein Frontdienst von nur vorübergehender Dauer genügt jedoch nicht. Ueber die Aufnahme entscheidet eine Kommission, die das Aufnahmegesuch prüft. Dieses hat sachliche Angaben über Art und Dauer des Frontdienstes zu enthalten, die auf Verlangen zu belegen sind. Der Beitrag beträgt jährlich mindestens M. 3.—. Es ist geplant, überall in Deutschland Ortsgruppen des Bundes zu gründen.

Nähere Auskunft erteilt Erich Bernstein, Berlin W. 15, Kurfürstenstr. 184.

19. Einführung von Semesterbeiträgen.

In einigen Universitätsstädten erheben unsere Ortsgruppen von Studenten, die dem Zentral-Verein beitreten, Semesterbeiträge in Höhe von 2 M. Diese Einführung hat sich als sehr praktisch erwiesen. Die Führung besonderer Adressen-Listen derjenigen Studenten, die ihre Wohnung häufig verändern, ist unbedigt erforderlich.

20. Spenden.

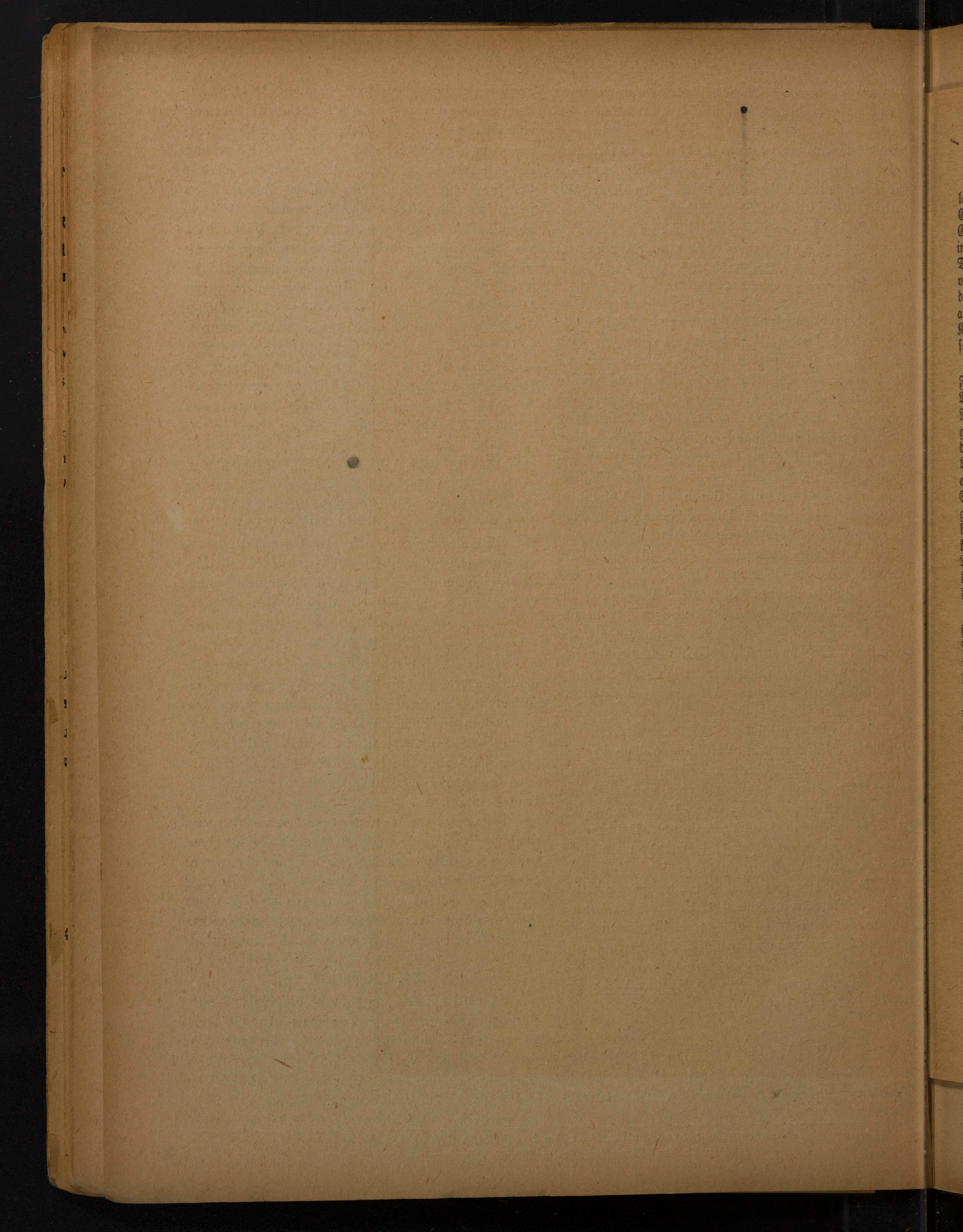
Unsern verehrten Mitgliedern, die uns in dankenswerter und opferwilliger Weise auf unsern Aufruf hin Spenden eingesandt haben, sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus. Es war ursprüglich unsere Absicht, öffentliche Quittung zu geben. Da aber die Kosten für die Drucklegung einer solchen Spendenliste sehr erheblich sind, Papier hierfür nur sehr schwer aufzutreiben ist, und ein erheblicher Teil der Spender ausdrücklich bat, die Namensnennung zu unterlassen, haben wir uns veranlasst gesehen, einstweilen von der Veröffentlichung abzusehen.

Da täglich neue Anforderungen an den Centralverein herantreten, bitten wir unsere Mitglieder, unsere Arbeit auch in Zukunft durch Spenden zu fördern.

21. Flugblatt.

Es wird auf das angeheftete Flugblatt — die Entgegnung auf eine „Erklärung des Alldeutschen Verbandes“ — aufmerksam gemacht, das kostenlos zur Verteilung vom „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Berlin SW., Lindenstr. 13, zu beziehen ist.

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 13 I.
Druck: Emil Streisand, Berlin SW. 68, Alte Jacobstr. 120.



Alldeutscher Antisemitismus.*)

Wenn man Eines aus Verlauf und Ende des Krieges gelernt hat, dann die Notwendigkeit, daß mit dem alldeutschen Chauvinismus reiner Tisch gemacht werden muß. Und wenn Einer aus dem Kriege gelernt haben müßte, schuldbewußt sich ins schützende Dunkel zu begeben, so der Alldeutsche Verband. Der aber hat die Kühnheit, mit einem ellenlangen Dokument vor die Oeffentlichkeit zu treten und zu behaupten, daß er allein das deutsche Volk vor der Niederlage hätte bewahren können — aber man habe auf ihn nicht gehört. Und er hat die groteske Keckheit, sich zur Rettung Deutschlands nicht nur anzubieten, sondern sich an die Spitze stellen zu wollen.

Liest man sich durch die sieben Spalten großen gelben Formates durch, so erschrickt man nahezu vor dem Grad von Verblendung, vor dem Mangel an jeglicher Einsicht, vor der Robustheit, mit der offenkundige Tatsachen ins Gegenteil umgedreht werden. Unterzeichnet ist dieses gelbe Dokument von der Hauptleitung und dem Geschäftsführenden Ausschuß des Verbandes mit sämtlichen Namen. Es ist also auch äußerlich eine offizielle Kundgebung, die Mitte Februar in mehrtägiger Sitzung zu Bamberg beschlossen worden ist. Sie muß demgemäß gewertet werden. Ein solches Dokument, das bewußt oder unbewußt auf eine Gegenrevolution hinarbeitet, nutzt den Spartakisten, und die Rettung, die der Alldeutsche Verband mit seinen Vorschlägen und Plänen dem deutschen Volke bringen will, wäre die rapide Fortsetzung des Niederganges, in den uns die Alldeutschen — wenn auch nicht allein — geführt haben.

Hinweg auch mit der letzten Spur alldeutschen Einflusses! ist der Ruf aller derer, die Deutschland retten wollen. Der Alldeutsche Verband aber, von jeher antisemitisch, hält zur staatlichen Wiedergeburt Deutschlands die Zurückdämmung des jüdischen Einflusses für notwendig. Die Juden seien, so wird ausgeführt, ein volksfremder Bestandteil der Reichsbevölkerung; die „Zurückweisung ihrer Machtansprüche hat mit Glaubensfragen gar nichts zu tun".

Wer erhebt Machtansprüche und wer hat sie erhoben? Die Alldeutschen oder die Juden? Wer hat während des Krieges entscheidenden Einfluß ausgeübt? Die Alldeutschen oder die Juden? Wer hat mit seinem Einfluß und seiner Pressemeute, die in den Burgfrieden eine bis dahin unbekannte rüde Tonart hineinkläffte, jede Friedensgelegenheit, jede Friedensbestrebung, jede Friedenssehnsucht niedergedrückt? War Ludendorff, der heimliche Diktator Deutschlands, in dessen Hand alle Fäden, auch die politischen, zusammenliefen, der Mann der Juden oder der Alldeutschen?

Das Dokument sagt weiter: „Ohne das zersetzende und verhetzende Treiben der alljüdischen und der ihr gleichgerichteten

*) Dieser Aufsatz ist auf Wunsch vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Berlin SW., Lindenstr. 13, als Flugblatt kostenlos zu beziehen.

en

chen Glaubens.

Jahrg. I

19, S. 45. — b) Mitteilungen lärung des Justizrat Kaempfer- „Sind die Juden eine Nation?", ie Freiwilligenkorps, S. 56. — 57. — 8. Zur Prinz Heinrich- yerische Volksführer, S. 59. — I. — 13 Teilnahme der Juden - 15. Vorbildliche Ortsgruppen- 3. Schreibmaschinen, S. 66. hren".

!

rauch der Mitteilungen des ngen sollen keineswegs vielmehr drei Verwendungs-

n über Antisemitismus und smitglied an der Hand der

denjenigen Mitgliedern des es Vorsitzenden für unsere af dem Laufenden bleiben. al über die Tätigkeit des

zu verfahren. Anregungen

darauf aufmerksam gemacht, 8. Mai 1919, mittags 1 Uhr, as Kleiststr. 10 eine verg sämtlicher Abgeordneter le stattfindet, welche von g ist. Es ist unbedingt Abgeordneten dieser Vor-.

atzung sind Mitglieder der iglich die Abgeordneten Provinzial- und Landesver-...eder des Vorstandes. Die zur Teilnahme an der Vorbesprechung und an der Hauptversammlung Berechtigten weisen sich durch besondere auf den Namen ausgestellte Eintritts-

4. Bericht des Vorstandes.
5. Satzungsänderungen.
6. Vorstandswahlen.
7. Entlastung und Wahlen der Revisoren.

Presse wäre der Krieg nicht verloren worden, wäre der Umsturz mit seinen verwüstenden Folgen nicht gekommen." Wer hat den Krieg verloren? Ludendorff hat jetzt selber in seiner kürzlich veröffentlichten Rechtfertigung den Krieg in dem Augenblick für verloren erklärt, da Bulgarien zusammenbrach. Für diesen Zusammenbruch sind aber nicht am wenigsten die Alldeutschen verantwortlich, die nach dem Frieden von Brest-Litowsk die deutschen Heere zu einem weiteren Eindringen ins Baltikum, Finnland und die Ukraine trieben, anstatt die bulgarisch-österreichische Front zu stützen.

Wer hat zersetzt und verhetzt? Auf welcher Seite standen die Piraten der öffentlichen Meinung, wie Bethmann-Hollweg bei seiner Flucht in die Oeffentlichkeit die mit Druckerschwärze gegen ihn intrigierenden Trabanten der Alldeutschen nannte? Wer hat konsequent und fortgesetzt die innere Eintracht gestört? Wer durfte die Autorität aller Regierungsmänner, die nicht Annexionisten waren, unterminieren und in den Staub werfen, eine gründliche Vorarbeit für den Umsturz leisten? Wen schützte die Zensur, wen bedrückte sie? Wer war schuld daran, daß die Presse uns mit Lügen überschütten mußte? Wer ließ die Wahrheit knebeln und leistete dem verhetzenden und zersetzenden Treiben der alldeutschen Presse und ihrer Millionen von Flugblättern Vorschub? Wer hielt das Volk in politischer Unmündigkeit, so daß es noch heute so sehr sicheren politischen Sinnes entbehrt? Waren es die Juden oder die Alldeutschen und die ihnen nahestehenden Reaktionäre, die dem Volk noch im dritten Kriegsjahr das allgemeine Wahlrecht verweigerten, die durch Versagung der Rechtsgleichheit und jeder politischen Freiheit die Verbitterung und den Umsturz viel besser und systematischer vorbereiteten, als es Tausenden von Agitatoren des Umsturzes möglich gewesen wäre? In dem gesamten alten Regime, das mit Hilfe der Alldeutschen allmählich so zersetzt und morsch wurde, daß es, als der Novembersturm daherfegte, fast von selber zusammenbrach, besaßen Juden, besaßen die sogenannten jüdischen oder „alljüdischen" Blätter keinen Einfluß, wohl aber die gefürchtete alldeutsche Presse, die mit dem Gelde der schwerindustriellen Kriegsgewinner unterstützt, ausgebaut und durch neue Ankäufe vergrößert wurde. Und nun stellt dieser Alldeutsche Verband in Aussicht, er werde zur Bekämpfung der „undeutschen" Presse für die Verbreitung „deutscher" Zeitungen und bei Bedarf für die Gründung neuer sorgen. Das alte verderbliche Spiel soll weitergehen!

Das deutsche Volk wird die Augen offen halten und nicht vergessen, wem es sein Unglück verdankt. Wir predigen keine Rache. Wer aber schuldbeladen sich erdreistet, in dieser Weise als Angreifer aufzutreten und seine Bereitschaft öffentlich dokumentiert, weiter seine schädliche und verhetzende Tätigkeit auszuüben, der fordert die Vergeltnng für seine bisherigen Sünden keck heraus. Es gilt, den alten Hetzern und Volksverderbern ihr neues Spiel zu legen und zu wirken für das, was uns allein noch retten kann: für **Einigkeit!**
